AMTLICHER ANZEIGER

TEIL II DES HAMBURGISCHEN GESETZ- UND VERORDNUNGSBLATTES

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg

Amtl. Anz. Nr. 74 DIENSTAG, DEN 20. SEPTEMBER 2011

Inhalt:

	Seite
Sitzungen der Bürgerschaft	2045
Anordnung zur Änderung der Anordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs und des Bauleitplanfeststellungsgesetzes	2045
Nachwahl eines zweiten Ersatzmitgliedes für den Medienrat	2045
Erteilung der staatlichen Genehmigung für die Joseph-Carlebach-Schule als Ersatzschule (Stadtteilschule)	2046
Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht	2046
Öffentliche Zustellung	2046
Mitteilung des Vorstandes der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer	2046

BEKANNTMACHUNGEN

Sitzungen der Bürgerschaft

Die nächsten Sitzungen der Bürgerschaft finden am Mittwoch, dem 28. September 2011, um 15.00 Uhr und am Donnerstag, dem 29. September 2011, um 15.00 Uhr statt.

Hamburg, den 20. September 2011

Die Bürgerschaftskanzlei

Amtl. Anz. S. 2045

Anordnung zur Änderung der Anordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs und des Bauleitplanfeststellungsgesetzes

Vom 13. September 2011

Auf Grund von § 246 Absatz 4 des Baugesetzbuchs in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2415), zuletzt geändert am 31. Juli 2009 (BGBl. I S. 2585, 2617), wird bestimmt:

Abschnitt III Absatz 1 der Anordnung zur Durchführung des Baugesetzbuchs und des Bauleitplanfeststellungsgesetzes vom 5. Mai 1988 (Amtl. Anz. S. 937), zuletzt geändert am 26. Oktober 2010 (Amtl. Anz. S. 2129, 2131), wird wie folgt geändert:

1. Hinter Nummer 7 wird folgende neue Nummer 8 eingefügt:

   „8. Stadtumbaumaßnahmen nach § 171 b Absatz 2, § 171 c und § 171 d Absatz 3,“.

2. Die bisherigen Nummern 8 und 9 werden Nummern 9 und 10.

Gegeben in der Versammlung des Senats,

Hamburg, den 13. September 2011.

Amtl. Anz. S. 2045

Nachwahl eines zweiten Ersatzmitgliedes für den Medienrat

Auf Grund des Staatsvertrages über das Medienrecht in Hamburg und Schleswig-Holstein (Medienstaatsvertrag HSH) wurde im Jahre 2007 ein Medienrat gebildet, der je zur Hälfte aus von den Landesparlamenten Hamburgs und Schleswig-Holsteins gewählten Mitgliedern besteht (vgl. § 39 ff Medienstaatsvertrag HSH).

Der Medienrat hat die Aufgabe, die Einhaltung des Staatsvertrages und der für die privaten Rundfunkveranstalter geltenden Bestimmungen des Rundfunkstaatsvertrages zu überwachen. Er besteht aus vierzehn ehrenamtlich tätigen Mitgliedern, von denen sieben am 9. Mai 2007 durch die Hamburgische Bürgerschaft gewählt wurden. Für den Fall der nicht nur vorübergehenden Verhinderung eines Mitglieds wurde zunächst ein Ersatzmitglied gewählt. Die fünfjährige Amtszeit des derzeit amtierenden Medienrates endet am 27. August 2012.

Infolge des Inkrafttretens des Vierten Medienänderungsstaatsvertrages HSH am 1. Juli 2011 (HmbGVBl. 2011 S. 251 ff.) ist nun die **Nachwahl eines zweiten Ersatzmitglieds für den Rest der laufenden Amtszeit des Medienrates** erforderlich geworden.

Nach § 41 Absatz 1 Medienstaatsvertrag HSH sollen die Mitglieder als Sachverständige besondere Eignung auf dem Gebiet der Medienpädagogik, der Medienwissenschaft, des Journalismus, der Rundfunktechnik, der Medienwirtschaft oder sonstiger Medienbereiche nachweisen.

Mitglied des Medienrates kann nach § 43 Medienstaatsvertrag HSH nicht sein, wer

1. den gesetzgebenden oder beschließenden Organen der Europäischen Gemeinschaften, des Europarates, des Bundes oder eines der Länder angehört oder Bedienste-

ter einer obersten Bundes- oder Landesbehörde oder einer Gebietskörperschaft ist,

2. Mitglied eines Organs, Bediensteter, ständiger freier Mitarbeiter einer öffentlichrechtlichen Rundfunkanstalt ist,
3. Rundfunkveranstalter oder Betreiber einer Kabelanlage oder einer anderen technischen Übertragungseinrichtung ist, zu ihnen in einem Dienst- oder Arbeitsverhältnis steht, von ihnen auf sonstige Weise wirtschaftlich abhängig oder an ihnen mehrheitlich beteiligt ist,
4. wirtschaftliche oder sonstige Interessen hat, welche die Erfüllung der Aufgaben als Mitglied des Medienrates gefährden.

Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen mit Sitz in Hamburg, die den Anspruch erheben, „gesellschaftlich relevant“ zu sein, wird hiermit gemäß § 42 Medienstaatsvertrag HSH Gelegenheit gegeben, Vorschläge für die Nachwahl eines zweiten Ersatzmitglieds für den Medienrat bis spätestens zum **15. November 2011** bei der Präsidentin der Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg, Rathaus, Rathausmarkt 1, 20095 Hamburg, einzureichen. Es wird darauf hingewiesen, dass bei einer Überschreitung der Frist keine Wiedereinsetzung in den vorigen Stand stattfindet.

Des Weiteren darf jede Gruppe, Organisation oder Vereinigung je Bundesland nur jeweils mit einer Person im Medienrat vertreten sein (§ 42 Absatz 6 Medienstaatsvertrag HSH). Vorschläge von Gruppen, Organisationen oder Vereinigungen mit Sitz in Hamburg, die bereits durch ein von der Hamburgischen Bürgerschaft gewähltes Mitglied vertreten sind, können daher keine Berücksichtigung finden.

Jeder Vorschlag muss eine Frau und einen Mann benennen. Diese Anforderung entfällt nur dann, wenn der jeweiligen Gruppe, Organisation oder Vereinigung auf Grund ihrer Zusammensetzung die Benennung einer Frau oder eines Mannes regelmäßig oder im Einzelfall nicht möglich ist. Dies ist im Vorschlag schriftlich zu begründen (§ 42 Absatz 2 Medienstaatsvertrag HSH).

In dem Vorschlag ist ferner darzulegen, dass die Vorgeschlagenen die nach § 41 Absatz 1 erforderliche Eignung haben und keine Unvereinbarkeit nach § 43 Medienstaatsvertrag HSH besteht.

Hamburg, den 9. September 2011

Die Präsidentin der Bürgerschaft

Amtl. Anz. S. 2045

Erteilung der staatlichen Genehmigung für die Joseph-Carlebach-Schule als Ersatzschule (Stadtteilschule)

Der Jüdischen Gemeinde in Hamburg – Körperschaft des öffentlichen Rechts – ist als Schulträgerin gemäß § 6 des Hamburgischen Gesetzes über Schulen in freier Trägerschaft (HmbSfTG) auf ihren Antrag vom 21. Januar 2011 hin die staatliche Genehmigung zur Errichtung einer Stadtteilschule als Ersatzschule mit dem Namen „Joseph-Carlebach-Schule“ mit Wirkung zum 12. August 2011 erteilt worden.

Hamburg, den 6. September 2011

Die Behörde für Schule und Berufsbildung

Amtl. Anz. S. 2046

Bekanntgabe des Ergebnisses einer allgemeinen Vorprüfung eines Einzelfalles zur Feststellung, ob eine Verpflichtung zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung besteht

Die Hamburger Hafenbahn hat bei der Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation, Zentralverwaltung, Planfeststellungsbehörde, die förmliche Zulassung für das Bauvorhaben „Lückenschluss zweites Gleis Norderschließung Altenwerder Ost“ beantragt.

Dieses Vorhaben stellt eine Baumaßnahme nach Nummer 14.7 der Anlage 1 zum Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) dar. Nach der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalles gemäß § 3 c des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) wird von der Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung für dieses Vorhaben abgesehen. Es kann nach Einschätzung der Planfeststellungsbehörde auf Grund überschlägiger Prüfung unter Berücksichtigung der gesetzlichen Kriterien keine erheblichen nachteiligen Umweltauswirkungen haben, die nach § 12 UVPG bei der Entscheidung über die Zulassung zu berücksichtigen wären.

Hamburg, den 5. September 2011

Die Behörde für Wirtschaft, Verkehr und Innovation als Planfeststellungsbehörde

Amtl. Anz. S. 2046

Öffentliche Zustellung

Der Aufenthalt der Frau Joyce Brinkmann, geboren am 19. November 1978, zuletzt wohnhaft Jan-Valkenburg-Straße 5, 20355 Hamburg, ist unbekannt.

Beim Bezirksamt Hamburg-Mitte, Klosterwall 8, Erdgeschoss, 20095 Hamburg, wird am 22. September 2011 zur öffentlichen Zustellung nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes vom 12. August 2005 (BGBl. I S. 2354), zuletzt geändert am 11. Dezember 2008 (BGBl. I S. 2418), eine Benachrichtigung ausgehängt, dass für die Genannte ein Bescheid nach dem Bundeselterngeldgesetz im Fachamt Jugend- und Familienhilfe, Kurt-Schumacher-Allee 4, Zimmer 148, 20097 Hamburg, montags und donnerstags zwischen 8.30 Uhr und 12.30 Uhr zur Abholung bereitliegt.

Die Zustellung gilt nach § 10 des Verwaltungszustellungsgesetzes am 6. Oktober 2011 als bewirkt.

Hamburg, den 25. August 2011

Das Bezirksamt Hamburg-Mitte

Amtl. Anz. S. 2046

Mitteilung des Vorstandes der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer

Der Vorstand der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer hat in seiner Sitzung vom 7. September 2011 beschlossen:

Die öffentliche Zustellung gemäß § 10 Verwaltungszustellungsgesetz (VwZG) erfolgt durch Bekanntmachung der Benachrichtigung über die öffentliche Zustellung eines Bescheides auf der Internetseite der Hanseatischen Rechtsanwaltskammer (www.rak-hamburg.de).

Diese Mitteilung ist die Bestimmung des Bekanntgabeortes gemäß § 10 Abs. 2 VwZG.

Hamburg, den 10. September 2011

Hanseatische Rechtsanwaltskammer
Kury, Präsident

Amtl. Anz. S. 2046

ANZEIGENTEIL

Behördliche Mitteilungen

Bekanntmachung
Öffentliche Ausschreibung

a) Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Zentrale Vergabestelle K5,
Sachsenfeld 3–5, 20097 Hamburg,
Telefon: 040 / 4 28 26 - 24 96
Telefax: 040 / 4 28 26 - 24 88
E-Mail: zentralevergabestelle@lsbg.hamburg.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Öffentliche Ausschreibung

e) Hamburg, Entschlammung Brabandkanal

f) Vergabenummer: **ÖA-K5-289/11**

Wesentliche Leistungen:

– 2200 m³ Baggergut mit Unrat unter Wasser baggern,
– 2000 m³ Baggergut transportieren, entsorgen.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: November 2011
Ende: Dezember 2011

j) Entfällt

k) Anforderung der Vergabeunterlagen,
sowie Einsichtnahme:

vom 13. September 2011 bis 22. September 2011,
dienstags bis donnerstags, 9.00 Uhr bis 11.00 Uhr.

Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
ZVA, Zimmer E 228,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 40 - 25 54

l) Höhe des Kostenbeitrages: 9,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Kontonummer: 375 202-205, BLZ 200 100 20,
Geldinstitut: Postbank Hamburg

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisung bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 28. September 2011, 11.15 Uhr, eingereicht werden.

o) Anschrift:
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Eröffnungsstelle ZVA, Zimmer E231,
Stadthausbrücke 8, 20355 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 28. September 2011, 11.15 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A zu machen. Auf Verlangen hat der Bieter diese Angaben für eventuelle Nachunternehmen beizubringen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 18. November 2011.

w) Beschwerdestelle:

Landesbetrieb Straßen, Brücken und Gewässer,
Geschäftsführer (GF),
Sachsenkamp 1–3, 20097 Hamburg,
Telefax: 040 / 4 28 26 - 22 04

Hamburg, den 13. September 2011

Die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

839

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Lagebericht für das Geschäftsjahr 2010

Gliederung

1. Geschäftsverlauf
1.1. Allgemeine Angaben und Vorgänge mit besonderer Bedeutung
1.2. Krankenversorgung – Leistungsentwicklung und Budget
1.3. Forschung und Lehre
1.3.1. Forschung
1.3.2. Lehre und Studium
1.4. Personal und Sozialbereich
1.5. Projekt Masterplan und weitere Baumaßnahmen
2. Lage der Körperschaft
2.1. Vermögens- und Finanzlage
2.2. Ertragslage
3. Prognosebericht
3.1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung
3.2. Künftige Geschäftsentwicklung der Körperschaft
4. Verbundene Unternehmen
5. Nachtragsbericht

1. Geschäftsverlauf

1.1. Allgemeine Angaben und Vorgänge mit besonderer Bedeutung

Das Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf (UKE) wurde im Jahr 2001 als Körperschaft des Öffentlichen Rechts aus der Freien und Hansestadt Hamburg (FHH) ausgegliedert und befindet sich seither zu hundert Prozent in dessen Trägerschaft. In der Krankenversorgung erfüllt das UKE die „Maximalversorger-“ und „Last Resort“-Funktion und ist als Gliedkörperschaft der Universität Hamburg verantwortlich für Forschung und Lehre in den Fachrichtungen Human- und Zahnmedizin.

Durch Ausgründungen von Tertiärdienstleistungen sowie durch Übernahme und Gründung von Tochtergesellschaften hat das UKE nach der Ausgliederung schrittweise eine Konzernstruktur aufgebaut, die am Jahresende insgesamt 16 Tochtergesellschaften und drei Enkelgesellschaften umfasste.

Ein Ereignis von zentraler Bedeutung war im abgelaufenen Jahr die **Begehung durch den Wissenschaftsrat** (WR) am 16. und 17. Juni 2010, die im Vorfeld ein hohes Maß bereichsübergreifender Vorbereitung und Organisation erforderte. Die abschließende Stellungnahme fasste der Wissenschaftsrat in seinem umfassenden Bericht zusammen und bescheinigte dem UKE darin eine sehr positive Entwicklung in der Krankenversorgung und der Lehre. Der Wissenschaftsrat anerkannte die deutliche Steigerung im Bereich der Forschung, regte hier allerdings eine konsequentere Schwerpunktbildung an. Die vor dem Hintergrund eines hochkompetitiven Umfeldes einhergegangene wirtschaftliche Konsolidierungsleistung des UKE, die in 2010 zu einem positiven Jahresergebnis geführt hat, würdigte der Wissenschaftsrat in besonderer Weise.

Auch die Vision des UKE bezüglich der Geländeentwicklung im Hinblick auf die Entstehung eines Gesundheitsparks mit unterschiedlichen Anbietern von gesundheitsnahen Dienstleistungen hat im Verlauf 2010 weiter Gestalt angenommen. So erfolgte im zweiten Quartal 2010 der Spatenstich für das künftig durch die Betreibergruppe Dorint geführte Hotel eines Investors auf dem UKE-Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft zur Facharztklinik. Die Fertigstellung dieses Hotels im Vier-Sterne Segment mit 195 Zimmern ist für September 2011 terminiert.

Ebenfalls im zweiten Quartal 2010 hat das RehaCentrum Hamburg im ehemaligen Bettenhaus der Frauenklinik seinen Betrieb aufgenommen. Die medizinische Rehabilitation ist eine strategisch wichtige Ergänzung für das Versorgungsspektrum des UKE. Mit seiner Ausrichtung zur Maximalmedizin und High End Versorgung haben viele der UKE Patienten im Anschluss an den Klinikaufenthalt Rehabedarf, dem mit diesem Angebot wohnortnah und in abgestimmten Versorgungskonzepten Rechnung getragen wird.

Weiterhin wurde im Jahresverlauf die Entwicklung eines Gesundheitszentrums im ehemaligen Funktionstrakt der Frauenklinik direkt gegenüber dem UKE Neubau vorangetrieben. Das Projekt wurde mit einem Veräußerungsverfahren eingeleitet. Ziel ist es, einen Investor zu finden, der entweder allein oder in Kooperation mit einem Partner das Konzept für das Gesundheitszentrum entwickelt und dieses unter Berücksichtigung der UKE Interessen langfristig betreibt.

Die Stefanie Graf Stiftung „Children for Tomorrow“ hat mit dem Bau ihrer Zentrale auf dem UKE-Gelände begonnen und plant die Inbetriebnahme im zweiten Quartal 2011. Auch die Fertigstellung des ersten Bauabschnittes des Hubertus Wald Tumorzentrums erfolgte in 2010.

Im Bereich der Forschung war ein herausragender Erfolg die Einwerbung eines neuen Sonderforschungsbereichs zum Thema Leberentzündung.

1.2. Krankenversorgung – Leistungsentwicklung und Budget

In dem anhaltend schwierigen Wettbewerbsumfeld im Hamburger Krankenhausmarkt ist es dem UKE gelungen, auch in 2010 erneut spürbar zu wachsen.

Die Anzahl der vollstationären Patienten im DRG-Bereich konnte um 9,0 % auf 50.587 (+ 4.188) ausgeweitet werden. In Folge des höheren Schweregrades des Fallmixes haben sich Effektivgewichte um 7,8 % auf 74.465 verbessert. Bei einer konstanten Auslastung von 86,5 % wurde die durchschnittliche Ist-Bettenanzahl auf jetzt 1.299 Betten (2009: 1.249) erhöht. Der Case Mix Index (CMI) als Maß für die Komplexität der medizinischen Leistung stabilisiert sich mit 1,47 in 2010 nach 1,49 in 2009 auf hohem Niveau.

Die Budgetverhandlungen mit den Krankenkassen für das Jahr 2009 ließen sich nicht vollständig im Vereinbarungswege beenden, so dass die Schiedsstelle die noch strittigen Sachverhalte entscheiden musste. Hervorzuheben sind unter diesen die grundsätzlichen Entscheidungen zur Berücksichtigung UKE-individueller Kalkulation für Zusatzentgelte mit Personalkostenanteil und „Zentrumszuschläge" für die durch eine Fachgesellschaft zertifizierten speziellen Aufgaben eines Zentrums (z.B. für Trauma, Schlaganfall, Tumor und Transplantation), zumal bereits mehrere Hamburger Krankenhäuser hieran gescheitert waren.

Nach derzeitigem Stand haben beide Seiten überwiegend die Genehmigung des Schiedsspruches bei der zuständigen Behörde beantragt, so dass mit einer Genehmigung noch im ersten Quartal 2011 gerechnet wird. Die Verhandlungen für das Budget 2010 haben bereits im Februar 2011 begonnen.

Das GKV-Finanzierungsgesetz vom 26.11.2010 hat mit Wirkung zum 01.01.2011 erneut die wirtschaftliche Ausgangssituation für Krankenhäuser im allgemeinem und für Maximalversorger im besonderem, durch einen 30 % Abschlag auf alle Mehrleistungen deutlich verschlechtert. Ausgehend von der Leistungsentwicklung der letzten zwei Jahre vermindern sich die Erlöse für das UKE durch diesen Abschlag um rd. 4,5 Mio. € gegenüber der bisherigen Regelung. Auch die weiteren Regelungen (nur 0,9 % der Grundlohnsummenentwicklung wird als potentielle Steigerung für den Landesbasisfallwert weitergegeben) lässt den landesweiten Basisfallwert 2011 ohne Ausgleiche in Höhe von 2975,– € auf dem Wert von 2010 stagnieren. Zudem werden hiervon für Vorjahre 20,– € abgezogen.
Vor dem Hintergrund der sich stetig ändernden überwiegend nachteiligen politischen und wirtschaftlichen Marktbedingungen hat sich das UKE in der Krankenversorgung kontinuierlich und positiv entwickelt. Dies ist Resultat einer nunmehr seit sieben Jahren konsequent verfolgten Mehrsäulen-Strategie, die darauf abstellt, sich nur auf die herausragenden Kompetenzen des UKE in der Forschung und bei der Behandlung auf komplexe Erkrankungen zu fokussieren. Diese basiert auf

- der Identifikation und dem Ausbau der Kernkompetenzen im Leistungsportfolio
- dem Ausbau und der Etablierung der Netzwerkstrukturen
- der Generierung außerbudgetärer Erlöse, vor allem mit Verträgen zur Integrierten Versorgung nach § 140 SGB V
- der Anpassung von Organisations- und Prozessstrukturen, wie beispielsweise die Umstellung des klinischen Arbeitsplatzsystems (KAS) auf Soarian, das eine komplett papierfreie medizinische Dokumentation und Abrechnung ermöglicht hat.

1.3. Forschung und Lehre

1.3.1. Forschung

Auf der Grundlage des Masterplans Forschung standen im Jahr 2010 die Forschungsrahmenbedingungen, der wissenschaftliche Nachwuchs sowie die wissenschaftliche Profilbildung und Vernetzung im Mittelpunkt. Die zunehmenden Forschungserfolge zeigen sich in Verbundprojekten, Publikationen und Drittmitteleinwerbungen:

Forschungsrahmenbedingungen: Über die Förderung der Hamburger Behörde für Wissenschaft und Forschung und der Medizinischen Fakultät wurden fünf neue **Core Facilities** etabliert, in denen hochtechnologische Forschungsgeräte und wissenschaftliche Techniken als Serviceleistung zur Verfügung gestellt werden. Zur optimierten Zuweisung von **Forschungsflächen** wurde ein Konzept mit Ziel einer effizienten und bestimmungsgerechten Labornutzung für die Flächenvergabe im Campus Forschung erarbeitet und im August 2010 dem Fakultätsrat vorgelegt.

Wissenschaftlicher Nachwuchs: Die **neue Promotionsordnung** ermöglicht Promovierenden der Medizin eine Publikationspromotion. Das erste strukturierte **PhD-Programm für Mediziner** am UKE (PhD / Dr. rer. biol. hum.) wurde inhaltlich konzipiert und im Fakultätsrat bestätigt. In 2010 wurden insgesamt 287 Promotionen abgeschlossen, davon 259 in der Human- und 28 in der Zahnmedizin. Neun Promotionen wurden mit „summa cum laude" bewertet. Darüber hinaus wurden 31 Habilitationen abgeschlossen. Über das fakultätsinterne **Förderprogramm für Nachwuchswissenschaftler** konnten im peer review-basierten Verfahren acht Projekte vielversprechender junger Forscher des UKE bewilligt werden.

Profilbildung und Vernetzung: An der Medizinischen Fakultät konnten in 2010, unter strategischer Berücksichtigung der wissenschaftlichen Profilbildung, 11 **Berufungsverfahren** erfolgreich abgeschlossen werden, darunter zwei Stiftungsprofessuren. Bei einem Gesamtbestand von 121 Professuren stieg der Frauenanteil von 11,4 % auf 14,9 %. Der thematische Austausch der Forschenden am UKE wurde dekanatsseitig insbesondere durch das neu aufgelegte **„Paper of the Month"** (PoM) und den **Forschungstag** zu interdisziplinären Themengebieten forciert. Um die fünf disziplinübergreifenden Forschungscenter in den Verbundinitiativen zu unterstützen, hat die Medizinische Fakultät in 2010 ein spezielles **Förderprogramm „Anschubfinanzierung"** gestartet.

Forschungsoutput: Die kontinuierliche Investition in Köpfe, strukturelle Vernetzung und Infrastruktur zahlt sich in zunehmenden Forschungserfolgen aus. Wissenschaftler am UKE wurden 2010 mit 13 wissenschaftlichen **Preisen** von überregionaler Bedeutung ausgezeichnet. Zudem wurde ein Preisträger im Gottfried Wilhelm Leibniz-Programm der DFG für das Jahr 2011 verkündet. In 2010 wurden mehrere große **Verbundprojekte** mit Federführung am UKE neu oder als Verlängerung bewilligt, gefördert durch die DFG (KFO228 „Glomerulonephritis", FOR885 „Neuronaler Proteinumsatz"), das BMBF (ICCG „Prostatakrebs", Gesundheitsregion „psychische Gesundheit") und die EU. Zudem haben neue Verbundinitiativen die erste Hürde in mehrstufigen Antragsverfahren genommen, darunter die Teilnahme an drei Initiativen im BMBF-Gesundheitsrahmenprogramm (Bereiche Infektion, Herz-Kreislauf und Epidemiologie) und eine SFB-Initiative bei der DFG (Bereich Neurowissenschaften). Alle drei über die Landesexzellenzinitiative (LEXI) geförderten Projekte wurden 2010 in die Förderung durch die neu gegründete Forschungs- und Wissenschaftsstiftung Hamburg übernommen und streben – mit zwei Anträgen in der Exzellenzinitiative und einer SFB-Bemühung – zukünftig Bundesförderung an. Die **Publikationen** steigerten sich in den Jahren 2007-2008-2009 mit einer Gesamtanzahl von 1.333-1.408-1.894* und einem kumulativen Impact von 1.538-1.935-2.052*, wobei die Publikationserhebung 2010 noch nicht abgeschlossen ist.

---

* Die Zahlen beinhalten prozessbedingt Duplikate bei institutsübergreifenden Veröffentlichungen.

Die **Drittmitteleinnahmen** haben mit einer Steigerung von 45,7 Mio. € in 2009 auf 58,1 Mio. € in 2010 die Erwartungen übertroffen. Die Mittel stammen zu einem beachtlichen Teil von den drei großen renommierten Fördermittelgebern DFG (12,6 Mio. €), BMBF (9,5 Mio. €) und EU (2,6 Mio. €). Publikationserfolge und Drittmitteleinnahmen sind auch Basis des „Scorings" für die **leistungsorientierte Mittelvergabe** (LOM) an der Medizinischen Fakultät. Der LOM-Anteil der Forschungsfinanzierung lag, wie im Vorjahr, bei insgesamt 14,7 Mio. €, womit knapp 38 % der Forschungszuweisung aus dem Landeszuschuss leistungsbasiert erfolgte.

1.3.2. Lehre und Studium

Ausbildungskapazität

Im Jahr 2010 haben 406 Studierende der Medizin und 116 Studierende der Zahnmedizin ihr Studium erfolgreich abgeschlossen. Die hohe Zahl der Absolventen in der Zahnmedizin begründet sich in der großen Anfängerkohorte im WS 2005/06 (138 Studierende).
Zum WS 2010/11 wurden 404 Studienanfänger für den Studiengang Humanmedizin aufgenommen. Die Studierendenanfängerzahl in der Zahnmedizin betrug 72 Studierende, was einer Reduktion von zwei Plätzen zum Vorjahr entspricht. Für das Jahr 2011 ist eine Konsolidierung der Studienanfängerzahl Zahnmedizin geplant, um mittelfristig die Studierendenzahl an das Budget für Forschung und Lehre für die Zahnmedizin anzupassen und damit ein gutes Ausbildungsniveau gewährleisten zu können.

Verbesserung des Studiums und der Studienbedingungen

Im **Studienabschnitt Medizin** 1 konnte die Vier-Semester-Erfolgsquote in 2010 weiter auf knapp über 70 % gesteigert werden. Diese Quote beschreibt den Anteil der Studierenden, die innerhalb von vier Semestern, also in Regelstudienzeit, den Ersten Teil der Ärztlichen Prüfung („Physikum") erfolgreich absolviert haben.

Das Curriculum-Komitee Zahnmedizin erarbeitete einen aktualisierten Studienplan **Zahnmedizin**, der die in den letzten Jahren notwendig gewordenen und z.T. bereits umgesetzten Curriculumsänderungen (bspw. Integrierte Zahnmedizinische Kurse) auf dem neuesten Stand abbildet. Dieser Studienplan wurde im Juli 2010 im Fakultätsrat verabschiedet und bereits für die Kapazitätsberechnung WS 2010/11 herangezogen. Das Verwaltungsgericht Hamburg hat den neuen Studienplan mit seinem Beschluss vom Oktober 2010 anerkannt.

Durch die im Jahr 2009 neu geschlossenen **ERASMUS** Verträge wurden die Auslandsaustausche der Studenten im Jahr 2010 intensiviert. Im Rahmen des Internationalen Austauschs wurde eine neue Kooperation mit der renommierten Southeast University in Nanjing, China eingegangen.

Das **eLearning**-Portal „Mephisto" ist mittlerweile ein integraler Bestandteil der hochschulmedizinischen Ausbildung und wurde 2010 als Informations- und Kommunikationsplattform zunehmend genutzt. Dies wurde unter anderem dadurch erreicht, dass die Studierenden bereits in der Orientierungseinheit in Mephisto eingeführt werden und für Dozierende ein Kurs in der Ärztlichen Zentralbibliothek angeboten wird, für den die Ärzte erstmalig in 2010 CME Punkte erhalten.

In 2010 weitete die Medizinische Fakultät das im Vorjahr gestartete differenzierte **Mentoringprogramm** für Studierende der Humanmedizin auf nachfolgende Jahrgänge aus. Mit Hilfe des Mentoringprogramms sollen Studierende mit hervorragenden Studienleistungen frühzeitig an Spitzenforschung herangeführt und bei der akademischen Karriereplanung unterstützt werden. Das Mentoringprogramm teilt sich auf in einen Serviceteil und in ein kontinuierlich begleitendes wissenschaftliches Evaluationsprojekt und wird durch die Claussen-Simon-Stiftung finanziell unterstützt.

Qualitätssicherung in der Lehre

Analog zum Vorgehen im Studiengang Medizin wurde die bislang papierbasiert durchgeführte studentische **Lehrevaluation** im vorklinischen Studienabschnitt der Zahnmedizin auf ein elektronisches, online basiertes Verfahren umgestellt, so dass sie im Sommersemester 2010 erstmalig über das Studierendenverwaltungssystem FACT umgesetzt werden konnte.

In 2010 wurde die leistungsorientierte Mittelvergabe in der Lehre (LOML) der Humanmedizin erfolgreich fortgeführt. Darüber hinaus wurde der begehrte Lehrpreis „Teacher of the Year" in zentralen Aspekten verfeinert und in 2010 zum sechsten Mal verliehen.

Bei der fakultätsinternen Auswahl von Studienbewerbern wurden im UKE in der Medizin neben dem schriftlichen, naturwissenschaftlichen Test (HAM-Nat), die „Multiplen Mini-Interviews" (HAM-Int) zur Einschätzung psychosozialer Vorkenntnisse und Fähigkeiten der Bewerber eingesetzt. In der Zahnmedizin wurde in 2010 zusätzlich zu dem 2009 eingeführten HAM-Nat ein Testverfahren zu Beurteilung manueller Fertigkeiten (HAM-Man) eingesetzt. Die Auswirkungen der einzelnen Verfahren werden zurzeit in einer Forschungsarbeitsgruppe untersucht.

Studiengebühren

In 2009/2010 und im laufenden Studiengebührenjahr 2010/2011 wurden die Studiengebühren im Wesentlichen als Teil zur direkten Verbesserung des Unterrichts durch Schaffung günstigerer Betreuungsrelationen in den Lehrveranstaltungen eingesetzt und haben zu einer deutlichen Verbesserung der Serviceangebote für die Studierenden geführt.

Studienreform Medizin

Die Arbeit der Medizinischen Fakultät war in dem Bereich Studium und Lehre 2010 durch die weitere Entwicklung und Konkretisierung des Modellstudiengangs Medizin gekennzeichnet, der zum Wintersemester 2012/13 starten wird. Demnach sollen sieben Modulblöcke im Rahmen einer horizontal und vertikal vernetzten Lernspirale vom ersten Tag des Studiums an für eine enge Verzahnung theoretischer und klinischer Inhalte sorgen. Das "Physikum" soll in Absprache mit dem zuständigen Landesprüfungsamt Hamburg durch universitätseigene Prüfungen ersetzt werden. Die Studierenden werden bereits zu Beginn ihres Studiums anhand klinischer Fallgeschichten und am Patienten ausgebildet. Ein Alleinstellungsmerkmal des künftigen Medizinstudiums am UKE stellen die „second tracks" dar. Hier werden die Studierenden nach eigener Interessenlage die Möglichkeit haben, sich mit wissenschaftlichen oder klinischen Inhalten vertiefend auseinander zu setzen. Die Kommunikation und das Erlernen basisärztlicher Fähig- und Fertigkeiten stellen einen weiteren Schwerpunkt des Studiums dar.

1.4. Personal- und Sozialbereich

Zum Bilanzstichtag 2010 waren ohne Drittmittelbeschäftigte 4.536 Vollkräfte (VK) im UKE (Muttergesellschaft) angestellt und damit 64 mehr im Vergleich zum Vorjahresstichtag. Dieser Personalaufbau ist im Wesentlichen auf die Leistungsausweitung zurück zu

führen. Im Rahmen eines Drittmittelvertrages waren am 31.12.2010 511 Vollkräfte beschäftigt (Vorjahr: 441).

Das Jahr 2010 stand schwerpunktmäßig im Zeichen der Optimierung der Vorgänge und Abläufe im Klinikneubau des UKE. Die damit einhergehenden Aufbau- und Prozessänderungen, vor allem in den Ambulanzen, haben sich insgesamt sehr gut umsetzen lassen und wurden durch das Personal aktiv begleitet. Durch den Vorstand wurde in 2010 das Betriebliche Gesundheitsmanagement durch Implementierung einer interdisziplinär besetzten AG Gesundheit fokussiert. Die Krankheitsquote bewegt sich auf Vorjahresniveau, wobei der Ärztliche Dienst auf einem Niveau von 1,5 % deutlich unterhalb der durchschnittlichen 6 % der weiteren Berufsgruppen liegt.

Mit dem in 2010 erfolgten Neuabschluss der Tarifverträge für die Ärzte mit dem Marburger Bund sowie für das sonstige Personal mit ver.di kamen auf das UKE im Jahr 2010 weitere tarifbedingte Personalkostensteigerungen zu. Die Tarifkostensteigerungen beliefen sich in 2010 auf effektiv ca. 8,7 % beim Tarifvertrag mit dem Marburger Bund und 1,2 % bei ver.di. Da beide Tarifverträge noch bis in das Jahr 2012 hinein wirken, sind die Personalkosten für das Jahr 2011 weitgehend planbar.

Die Kosten für den Einsatz von externen Zeitarbeitskräften (nicht konzernintern) konnten im Jahr 2010 im UKE von rd. 5 Mio. € in 2009 auf 1,2 Mio. € erheblich reduziert werden. Dies ging einher mit einer maßvollen Anpassung der Personalbedarfsdecke, die mit den Prozessverbesserungen im Neuen Klinikum einhergeht.

1.5. Projekt Masterplan und weitere Baumaßnahmen

Die zum **Masterplan** gehörigen Baumaßnahmen konnten mit dem Bau der Nordstraße zwischen Neuem Klinikum und der Apotheke abgeschlossen werden. Der Großteil der Beseitigung von strittigen Mängeln im neuen Klinikum konnte im Rahmen der Gewährleistungszeiträume mit den beauftragten Unternehmen außergerichtlich geklärt werden.

Im Januar 2010 startete mit der Grundsteinlegung der Neubau der **Psychiatrie**. Bereits zum Ende des Vorjahres konnten die vorbereitenden Maßnahmen, insbesondere die notwendigen Abbrüche und Infrastrukturverlegungen, abgeschlossen werden. In dem fünfgeschossigen Gebäude entstehen auf einer Nutzfläche von 4.800 m² drei Stationen mit jeweils angeschlossener Tagesklinik und insgesamt 42 Patientenzimmern, sowie ein Ambulanzbereich und Räume für die Administration. Das Gebäude wird von einem Generalunternehmer errichtet. Die KFE (Klinik-Facility-Management Eppendorf GmbH) koordiniert und steuert die Baumaßnahme, nachdem sie zuvor bereits die Planung erstellt und den Ausschreibungs- und Vergabeprozess betreut hatte. Am 29. September 2010 wurde mit Abschluss der Rohbauarbeiten das Richtfest gefeiert. Ende August 2011 soll das Gebäude baulich fertig gestellt sein, zum 1. Oktober soll der Krankenhausbetrieb aufgenommen werden. Die Finanzierung des zweiten Bauabschnittes steht noch aus.

Bereits im September 2009 war mit der Baumaßnahme **„Universitäres Cancer Center Hamburg – UCCH“** begonnen worden. Im ersten Bauabschnitt wurden im östlichen Gebäudeflügel des Bestandsgebäudes fünf Stationen mit insgesamt 112 Betten realisiert. Im Juni 2010 ging das UCCH mit diesem Teilabschnitt in Betrieb. Im Jahr 2011 wird der 2. Bauabschnitt umgesetzt, so dass ab Oktober 2011 sämtliche onkologische Pflegestationen und Ambulanzen des UKE konzentriert unter einem Dach angesiedelt sein werden. Die bereits im ersten Bauabschnitt errichtetet Knochenmarktransplantationsstation (KMT) wird derzeit noch im Interim als Palliativstation genutzt. Mit Fertigstellung des zweiten Bauabschnitts wird die KMT-Station ihrem tatsächlichen Zweck zugeführt.

Das größte geplante Bauprojekt des UKE ist der Neubau der **Kinderklinik**, der in seiner Art einzigartig und eine Symbiose von Hochleistungsmedizin und kindgerechtem Umfeld sein soll. Die Kosten für den Neubau von insgesamt 40 Mio. € sollen durch eine Co-Finanzierung zwischen öffentlicher und privater Hand zu gleichen Teilen bereit gestellt werden. Dem UKE wurden nach Bürgerschaftsbeschluss vom Dezember 2010 von der Freien und Hansestadt Hamburg bislang 17,4 Mio. Euro für das Projekt verbindlich zusagt. Das UKE hat einen europaweiten Architektenwettbewerb ausgeschrieben, welcher am 10. Februar 2011 entschieden wurde. Als Realisierungszeitraum für das Projekt sind ab Baubeginn etwa 22 Monate veranschlagt.

2. Lage der Körperschaft

Die Aufstellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2010 erfolgt entsprechend den Vorschriften des HGB für große Kapitalgesellschaften. Dabei gelangten erstmals die Vorschriften des HGB in der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Fassung zur Anwendung.

2.1. Vermögens- und Finanzlage

Die **Vermögens- und Finanzlage** des UKE ist geordnet und hat sich im Berichtsjahr erwartungsgemäß entwickelt. Die **Sachanlagen** machen mit 713,7 Mio. € 63,3 % der Bilanzsumme aus, die sich per saldo um 10,3 Mio. € auf 1,1 Mrd. € bzw. 0,9 % gegenüber dem Vorjahr ermäßigt hat. Das langfristig gebundene Vermögen ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel finanziert.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** haben um 3,1 Mio. € abgenommen. Dies ist zu werten vor dem Hintergrund der kräftigen Leistungsausweitung und war vor allem im Zuge des weiter professionalisierten Forderungsmanagements in einem Umfeld der sich zunehmend verschlechternden Zahlungsmoral seitens der Kostenträger möglich und mündete in einem Rückgang der Forderungen an Krankenkassen in Höhe von 3,4 Mio. € und bei den Selbstzahlern um 1,8 Mio. €. In diesem Zusammenhang hat sich die insgesamt über einen mittelfristigen Zeitraum kontinuierlich abnehmende Forderungsreichweite nunmehr bei knapp zwei Monatsumsätzen eingependelt.

Der Anstieg bei den **Guthaben bei Kreditinstituten** in Höhe von 20,3 Mio. € resultiert zu 15,0 Mio. € aus Guthaben verbundener Unternehmen auf dem Intercompany Cash Pooling Master Account und spiegelt sich gleichzeitig in den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen.

Das **Eigenkapital** hat sich insgesamt um 10,2 % erhöht und beträgt am Stichtag 36,6 Mio. € (Vorjahr: 33,2 Mio. €). Dies ist zum einen in Folge des Jahresüberschusses in Höhe von 1,5 Mio. € ermäßigten Bilanzverlustes auf 60,5 Mio. € zurück zu führen. Zum anderen ist im Zuge der BilMoG Bewertungsanpassungen insbesondere für die Rückstellungen und Steuerlatenzen erstmalig eine Gewinnrücklage in Höhe von 1,8 Mio. € entstanden. Damit ist auch eine Trendumkehr in der Höhe der Eigenkapitalquote eingetreten, die sich 2010 auf 3,2 % (Vorjahr: 2,9 %) verbessert hat.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten haben sich per Saldo um 10,5 Mio. € vor allem auf

Grund aufgenommener Darlehen für eigenfinanzierte Bauprojekte erhöht. Per Bilanzstichtag hat die Kreditinanspruchnahme bei der Kasse Hamburg um 8,5 Mio. € auf 75,2 Mio. € (Vorjahr 66,8 Mio. €) zugenommen. Die Zahlungsfähigkeit des UKE ist über die bestehende Kreditlinie von 97 Mio. € bei der Kasse Hamburg unverändert gesichert.

2.2. Ertragslage

Die **Erlöse aus Krankenhausleistungen** 2010 stiegen einschließlich der Ausgleichsbeträge nach dem KHEntG bzw. der BPflV gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 278,3 Mio. €.

Neben den Leistungen, die dem stationären Erlösbudget zu Grunde liegen, wurden **Krankenhausleistungen an ausländischen Patienten** erbracht, die zum Zwecke der Behandlung eingereist sind. Die Zahl dieser Patienten (vollstationär) hat sich um knapp 18 % auf 468 Fälle (Vorjahr: 397) im Jahr 2010 deutlich erhöht, wobei die hierdurch generierten Erlöse überproportional um 1,2 Mio. € auf 5,8 Mio. € (+25 %) gestiegen sind.

Die **Erlöse aus ambulanten Leistungen** haben sich mit einem Anstieg von 9,6 % auf 19,4 Mio. € ebenfalls deutlich erhöht, wobei der Zuwachs im Wesentlichen aus den Erlösen aus humanmedizinischen Hochschulambulanzen kommt, die um 1,2 Mio. € auf 12,6 Mio. € höher ausgefallen sind.

Die **Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand** betreffen u.a. den Zuschuss des HVF zum Versorgungsaufwand. Diese Erstattungen durch den HVF versetzen das UKE in die Situation, eine von Altersversorgungsaltlasten befreite und damit eine den tatsächlich laufenden wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Ertragslage auszuweisen.

Der Treiber des Anstiegs bei den **sonstigen betrieblichen Erträgen** in Höhe von 7,6 % bzw. 7,9 Mio. € waren wie im Vorjahr die gestiegenen Leistungsbeziehungen mit den verbundenen Unternehmen, worunter hier die Erlöse aus ambulanten Leistungen um 3,3 Mio. € auf 25,1 Mio. € und die Erträge aus der Lieferung von medizinischem Sachbedarf um 4,3 Mio. € auf 39,4 Mio. € gewachsen sind. Aus der Auflösungen aus Rückstellungen ergaben sich 2010 insgesamt 1,2 Mio. € Erträge und damit in Summe 77,7 % bzw. 4,2 Mio. € weniger als im Vorjahr.

In Summe hat sich die **Gesamtleistung** mit einem Anstieg von 27,4 Mio. € auf 620,8 Mio. € (+ 4,6 %) verbessert.

Im Wesentlichen durch den Anstieg der Vollkräfte im Zuge der Leistungsausweitung in 2010 stiegen die **Löhne und Gehälter** um 9,0 % bzw. 20,0 Mio. €. Von diesen Mehrkosten entfielen 8,8 Mio. € auf den ärztlichen Dienst, 2,9 Mio. € auf den Pflegedienst und 1,2 Mio. € auf den Medizinisch-Technischen Dienst. Der Anstieg des aus **Drittmitteln finanzierten Personalaufwandes** um 4,8 Mio. € auf 28,8 Mio. € korrespondiert mit der Zunahme der Drittmitteleinnahmen. Insgesamt erhöhte sich der Personalaufwand um nur 3,3 % auf 323,5 Mio. €, was jedoch vor allem aus den geänderten Ausweisvorschriften nach BilMoG resultiert, wonach der Zinsaufwand für die Pensionsrückstellungen nicht mehr mit dem Personalaufwand für Altersversorgung saldiert werden darf, sondern im Zinsaufwand zu bilanzieren ist. Diese ergebnisneutrale Verschiebung des Aufwands betrug 2010 11,5 Mio. €.

Der Abnahme der Erträge aus **Zuwendung zur Finanzierung von Investitionen** ist im Wesentlichen verursacht durch die reduzierten Mittelzuweisungen auf Grund des weitgehend abgerechneten Masterplanprojektes.

Durch die zunehmende Eigenfinanzierung von Investitionsmaßnahmen steigt der Anteil an ergebniswirksamen **Abschreibungen** jährlich an und betrug 2010 4,9 Mio. € nach 3,3 Mio. € im Vorjahr (+35,4 %).

Die **Sonstigen betrieblichen Aufwendungen** haben mit 9,9 % auf 88,4 Mio. € deutlich abgenommen. Dies ist auf die Halbierung der Aufwendungen für Beschäftigung von Zeitarbeitskräften in Höhe von 4,5 Mio. € zurückzuführen, die sich per Bilanzstichtag damit auf 4,3 Mio. € ermäßigt haben. Weiterhin sind im Bereich der Verwaltungskosten insbesondere die Beratungskosten um 1,8 Mio. € auf 3,7 Mio. € gesunken.

Die **Ergebnisabführungsverträge** reflektieren abermals mit einem per saldo gestiegenen **Beitrag** in Höhe von 11,7 Mio. € (Vorjahr: 7,5 Mio. €) die erfolgreiche Entwicklung der ausgegliederten Tochtergesellschaften des UKE und bestätigen erneut die strategische Entscheidung zur Ausgliederung ausgewählter medizinischer aber vor allem auch der Dienstleistungsbereiche.

Der sprungartig auf 15,5 Mio. € angestiegene **Zinsaufwand** ist fast gänzlich, nämlich mit 12,5 Mio. €, auf die Aufzinsungseffekte nach den BilMoG Vorschriften zurück zu führen. Das sich über den Jahresverlauf niedrig gehaltene Zinsniveau hat bei einer rückläufigen Inanspruchnahme von Betriebsmittelkrediten bei der Kasse Hamburg zusammen mit den Zinsaufwendungen für eigenfinanzierte Investitionen insgesamt zu einer geringen Zunahme des Zinsaufwandes in Höhe von 86 T€ gegenüber 2009 auf 2,8 Mio. € geführt.

Die leistungsstarke und wirtschaftliche Geschäftsentwicklung des UKE hat sich erwartungsgemäß in 2010 weiter fortgesetzt und mündete erstmalig seit Errichtung der Körperschaft in einem positiven Ergebnis. Für das Jahr 2010 wird ein Jahresüberschuss in Höhe von 1,3 Mio. € ausgewiesen (Vorjahr: Jahresfehlbetrag von 3,9 Mio. €), der damit über den Erwartungen ausgefallen ist.

3. Prognosebericht

3.1. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Geschäftsverlauf ausführlich beschriebenen Chancen für das UKE liegen in der konsequenten weiteren Umsetzung der eingeschlagenen Strategie. Dies beinhaltet eine weitere Fokussierung der Leistungsportfolios auf hochkomplexe Leistungen, ein Ausbau der Kooperationen und Partnerschaften mit anderen regionalen und überregionalen Gesundheitsdienstleistern und -industrieanbietern, den Ausbau und die Nutzung außerbudgetärer Erlösquellen (Privatkliniken, MVZ, Dienstleistungen für Dritte), die weitere aktive Ansiedlungspolitik auf dem UKE-Gelände mit Gesundheitsanbietern sowie die Nutzung von Produktivitätssteigerungspotenzialen durch den interdisziplinären Betrieb im Neuen Klinikum. Ein weiterer, wesentlicher Baustein zur Förderung der erfolgreichen Nachhaltigkeit sämtlicher Aktivitäten des UKE ist eine professionelle Kommunikationspolitik. Diese wird im Wesentlichen durch die interne Abteilung für Unternehmenskommunikation gewährleistet. Mit regelmäßiger und eventbezogener Berichterstattung wird in eigenen Medien sowie über Pressemitteilungen die Mitarbeiterschaft als auch die breite Öffentlichkeit umfassend über das UKE und seine Aktivitäten in Krankenversorgung, Forschung und Lehre informiert. Auf diese Weise sollen das Profil und das positive Image des UKE gestärkt und weiter penetriert sowie gleichzeitig möglichen negativen Trends in der Meinungsbildung entgegengewirkt werden. Mit der Summe dieser

Maßnahmen wird angestrebt, eine führende Position in der Universitätsmedizin Nord-Europas zu erreichen.

Die Risiken, denen das UKE ausgesetzt ist, werden in einem umfassenden und regelmäßigen Risikomanagementprozess identifiziert und infolge dessen werden Maßnahmen zum Umgang damit formuliert. Dieser Prozess wurde im abgelaufenen Jahr neu konzipiert, um die Effektivität und Effizienz der Erhebung der Risiken zu verbessern. Die Methodik der Risikoerhebung erfolgt in einem „bottom-up“ Ansatz, um eine höhere Sensitivität und Spezifität bei der Risikoerfassung zu erreichen. Hiernach werden potentielle Risiken unterschiedlicher Kategorien identifiziert und hinsichtlich ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit und ihrer Schadenshöhe bewertet und hierfür neue Schwellenwerte definiert. Folgende Risiken sind von besonderer Bedeutung:

Das mit Abstand größte wirtschaftliche Risiko für das UKE stellt die rückläufige Investitionsmittelbereitstellung des Trägers dar. Obgleich Investitionen in der Vergangenheit in erheblichen Umfang gefördert wurden, besteht allein im medizinisch technischen Bereich noch immer eine Investitionslücke (rd. 200 Mio. €). Diese muss mittelfristig geschlossen werden, um die Erbringung von Leistungen der Hochleistungsmedizin und -forschung hierdurch nicht einzuschränken. Da hierfür die geplanten Fördermittel nicht ausreichen, sind die Investitionen zumindest teilweise durch das UKE zu tragen, was zu einer steigenden Ergebnisbelastung führt. Daher steht das UKE mit der Zielsetzung, die Fördermittelbereitstellung zu erhöhen, in ständigen Verhandlungen mit der Behörde für Wissenschaft und Forschung.

Die führende Positionierung des UKE in Hamburg und Umgebung hat sich weiter gefestigt und trug maßgeblich zur Leistungssteigerung bei. Eine stetige Zunahme des Notfallaufkommens, insbesondere im internistischen Bereich, erschwert allerdings die Portfoliosteuerung und damit eine klare strategische Ausrichtung und stellt somit ein potenzielles Risiko dar. Damit einhergehend kann dies zu einem Bettenmangel und somit zu einer Leistungsbegrenzung führen. Um diese Effekte aufzufangen ist für 2011 zunächst die Etablierung einer weiteren Intensiv-Einheit geplant.
Im Bereich der medizinischen Versorgung bestehen Erlösrisiken aufgrund von nicht indikationsgerechtem Einsatz von Arzneimitteln, die zusatzentgeltfähig sind.

Um dem entgegenzuwirken, ist ein Absicherungsverfahren im Vorfeld mit den Krankenkassen z. B. in Form einer gesonderten Kostenübernahme geplant.

Das UKE ist nicht von den Auswirkungen der Finanzmarktkrise betroffen. Kurzfristig profitiert sogar das UKE indirekt über die aktuell günstigen Finanzierungskosten und die zusätzlichen Konjunkturprogramme des Bundes und der Länder. Darüber hinaus ist die Zahlungsfähigkeit des UKE wegen der bestehenden Kreditlinie bis zu 97 Mio. € bei der Kasse Hamburg für Betriebsmittelkredite auch in Zukunft nicht gefährdet. Allerdings ist künftig damit zu rechnen, dass die ökonomische Entwicklung sich weiter negativ auf die Sozialversicherungseinnahmen auswirken und damit der Kostendruck auf das Gesundheitswesen weiter verstärkt wird. Dies führt insbesondere im fragmentierten Krankenkassenmarkt mit vielen Teilnehmern, die nicht die kritische Größe aufweisen, zu Liquiditätsengpässen bei einigen Krankenkassen. Hieraus resultieren zunehmend nicht fristgerechte Kostenerstattungen, in deren Folge das UKE in eine Vorfinanzierung treten muss, die die Liquidität des UKE spürbar belastet und administrative Ressourcen innerhalb des Forderungsmanagements bindet.

Die Risiken im Personalbereich liegen in Rekrutierung und dem Halten von hoch qualifiziertem Personal im ärztlichen und pflegerischen Bereich. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken werden Personalkonzepte erarbeitet, die zur Personalakquisition, Personalbindung und Qualifikation von Mitarbeitern beitragen. Unter anderem bildet das UKE inzwischen Operationstechnische Assistenten (OTA) aus.

Im Bereich der Altersversorgung sind die Pensionsaltlasten des UKE gänzlich über den HVF gesetzlich abgesichert, so dass das UKE künftig frei von Altlasten und somit den Wettbewerbern gleich gestellt ist. Mit Inkrafttreten des Bilanzrechtsmodernisierungsgesetzes (BilMoG) zum 1.1.2010 kam es jedoch zu einer höheren Bewertung der Pensionsrückstellungen. Bezogen auf die UKE Pensionsrückstellungen kommt es zu einer Zuführung in Höhe von rd. 1,5 Mio. € p.a., die im Rahmen der Erstattung der Versorgungsaltlasten durch den HVF zu einer bilanziellen, aber nicht zahlungswirksamen Ergebnisbelastung beim UKE in Höhe von 0,1 Mio. € für die nächsten 15 Jahre führen wird.

3.2. Zukünftige Entwicklung der Körperschaft

Ausgehend von dem kontinuierlich hohen Auslastungsgrad geht das UKE nunmehr von einer mittelfristigen Leistungssteigerung von etwa 4% pro Jahr aus. Dabei steht in 2011 nicht das quantitative, sondern das qualitative Leistungswachstum im Vordergrund. Dies soll über weitere Anpassung des Leistungsportfolios zu einem Wachstum in strategisch wichtigen Bereichen führen. Gleichzeitig sollen Kodierqualität und Verweildauermanagement zu Erlössteigerungen führen. Extrabudgetäre Erlöse sollen über weitere IV Verträge, Wachstum in der Diagnostikleistung auch für Dritte sowie über „Selbstzahler“-Medizin (IGeL, Internationale Patienten) generiert werden. Insgesamt liegen die Umsatzerwartungen aus Krankenhausleistungen bei einem Zahlbasisfallwert in Höhe von 2.955 € für 2011 bei knapp 2%.
Belastungen in der Größenordnung von 17 Mio. € vor allem aus den Effekten der Gesundheitsreform (etwa 4,2 Mio. €), aus den nachlaufenden Tarifsteigerungen aus 2010 (etwa 12,3 Mio. €), sowie den Preissteigerungen bei den Sachkosten (v.a. Energie) und schließlich den steigenden Zinsaufwendungen (v.a. für Investitionen) werden in 2011 über die Erlössteigerung insbesondere in den Mehrleistungen für stationäre Krankenhausleistungen und Produktivitätsverbesserung zu schultern sein. Auf dieser Basis wird das positive Jahresergebnis 2010 in 2011 nur mit Mühe zu wiederholen sein. Die Planungen sehen bislang für 2011 nur einen Jahresüberschuss von 0,2 Mio. € vor.

Im Bereich der Forschung ist für 2011 davon auszugehen, dass sich der in 2010 eindrücklich fortgesetzte Erfolgstrend sowohl bezogen auf wissenschaftlich inhaltliche Erfolge aber auch wirtschaftlich in Bezug auf die Einwerbung von Forschungsmitteln zumindest anhalten oder an Dynamik gewinnen wird. Unter Berücksichtigung der Anregungen und Vorschläge des WR-Berichtes, wird die weitere Fokussierung der thematischen Forschungsschwerpunkte sowie die Umsetzung der am UKE erarbeiteten Curriculum-Reform, die sich am Bologna-Prozess orientiert, prioritär angegangen.
Im Bereich Lehre wird hingegen die anstehende Kursänderung der Hamburger Politik in Bezug auf die Studiengebühren negative Auswirkungen auf die Lehrbedingungen haben.

Auch über 2011 hinaus wird das krankenhausrechtliche Umfeld, insbesondere für die stationäre Krankenversorgung, das wirtschaftliche Ergebnis nachhaltig belasten. Weder wird der Orientierungswert für Krankenhäuser umgesetzt (Abkopplung von der Grundlohnsummenentwicklung) noch wird die bereits niedrigere Grundlohnsummenentwicklung in voller Höhe an die Krankenhäuser weiter gegeben. Zu diesen bereits verschlechterten Rahmenbedingungen wird dauerhaft ein krankenhausindividueller Abschlag in Höhe von 30 % auf Mehrleistungen eingeführt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die künftige Entwicklung der gesetzlichen Vorgaben im Sinne einer Trendumkehr insgesamt positive Auswirkungen entfalten wird.

Weiterhin wird die Abhängigkeit von der Entwicklung am Kapitalmarkt proportional mit den anwachsenden Finanzierungsbelastungen für Investitionen steigen.

Insgesamt ist davon auszugehen, dass das Geschäftswachstum und die Produktivitätssteigerungen sowohl beim UKE selbst als auch bei den Tochtergesellschaften mittel- und langfristig zu einer kontinuierlichen und nachhaltigen Ergebnisverbesserung führen werden. Im Spannungsfeld zwischen Sicherstellung des öffentlichen Auftrags zur Krankenversorgung als Maximalversorger und Wirtschaftlichkeit bzw. Wettbewerb werden die Leistungsangebote und Prozesse des UKE laufend angepasst. Die Bereitstellung der damit einhergehenden medizinischen Innovationen bedeutet bei abnehmender Förderung seitens des Trägers einen zunehmenden wirtschaftlichen Druck und fordert höchste Management-Exzellenz. Vor diesem Hintergrund wird sich der aktuelle Unternehmenskurs des UKE sowohl operativ als auch strategisch weiter fortsetzen. Unter der Maßgabe, dass sich die aus externen Faktoren resultierenden Risiken nicht oder nur in geringem Ausmaß realisieren werden, wird mittelfristig jährlich ein geringes positives Ergebnis erwartet.

4. Verbundene Unternehmen

Im Jahr 20010 umfasste der UKE Konzern insgesamt 16 mehrheitlich und direkt zum UKE gehörende Tochtergesellschaften sowie drei Enkelgesellschaften.

Die 2003 gegründete **AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH (AKK)**, die zu 94 % zum UKE und zu 6 % dem Altonaer Kinderkrankenhaus von 1859 e.V. zugehörig ist, betreibt das Altonaer Kinderkrankenhaus.
Das Behandlungsspektrum des AKK umfasst neben der Versorgung bei Früh- und Neugeborenen, die allgemein-pädiatrische Versorgung mit breit gefächertem Spezialwissen sowie einer umfangreichen Säuglings- und Kinderchirurgie auch die uneingeschränkte Notfallversorgung.
Die Fallzahlen im stationären und teilstationären Bereich konnten sich im Vergleich zum Vorjahr um 12,92 % verbessern und der Case-Mix auf 10.524,311 (Vorjahr 10.334,598) gesteigert werden. Die gezielte Schwerpunktsetzung und der hohe medizinische Spezialisierungsgrad waren auch in 2010 die wesentlichen Ursachen für diese Steigerung. Der Case-Mix-Index über alle Fachabteilungen verringerte sich um 4,86 % auf 0,978.
Die Case-Mix-Erlöse konnten zusätzlich noch durch eine Fallpauschale von 138 € verbessert werden, die nach § 120 Abs. 1 a SGB V mit den Krankenkassen für die in den kinder- und jugendmedizinischen Spezialambulanzen erbrachten ambulanten Leistungen ermächtigter Krankenhausärzte vereinbart wurde.
Die Ertragslage hat sich abermals gegenüber dem Vorjahr verbessert, so dass nach Bedienung des Besserungsscheines gegenüber dem UKE mit 3,1 Mio. € noch ein Jahresüberschuss in Höhe von 343 T€ verblieb. Die Besserungsabrede sieht vor, dass das UKE bis zur vollständigen Bedienung seiner Forderungen aus der Darlehensgewährung einschließlich Zinsen ab dem Jahr 2007 aus den zukünftigen Jahresüberschüssen des AKK 90 % erhält.

Das AKK besitzt seit 2006 zu 100 % ein eigenes Ambulanzzentrum, welches als selbstständige Tochtergesellschaft geführt wird **(MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH)**. Das MVZ hat die Zulassung von der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg (KVH) für die pädiatrische hausärztliche Versorgung mit dem Schwerpunkt für die Kinder- und Jugendpsychatrie und -endokrinologie erhalten. Die Leistungsentwicklung 2010 ist vor allem durch eine deutliche (+40 %) Fallzahlsteigerung gekennzeichnet. Dadurch konnten die negativen Folgen der EBM-Absenkung aus 2009 ausgeglichen werden, so dass ein positives Ergebnis erwirtschaftet werden konnte. Eine abschließende Bewertung der Ertragslage kann jedoch erst durchgeführt werden, wenn die derzeitige Erlösschätzung durch die Abrechnung der KVH bestätigt wird. Bislang sind im Jahresüberschuss von 996,13 € für das 3. und 4. Quartal Erlösschätzungen enthalten.

Für die **Universitäre Herzzentrum Hamburg GmbH (UHZ)**, eine 100 %ige Tochter des UKE mit einem Stammkapital von 100 T€, war 2010 abermals das erfolgreichste Geschäftsjahr seit ihrer Ausgliederung 2004. Das Behandlungsspektrum umfasst das komplette kardiologische, herzchirurgische Leistungsprogramm sowie seit 2009 auch der Erkrankungen des Gefäßsystems sowohl für Erwachsene als auch für Kinder. Damit kann am UHZ die Maximalversorgung aller kardiovaskulären Krankheiten erfolgen. Insgesamt sind die Fallzahlen um 17 % gegenüber dem Vorjahr auf 8237 Fälle über alle Bereiche erneut angestiegen. Auf Grund einer gezielten Steuerung des Leistungsportfolios konnten die Effektivgewichte trotz teilweise starken negativen Katalogeffekten für das gesamte UHZ um 11 % gesteigert werden, wobei in 2010 der Treiber für diese Entwicklung mit zusätzlichen 1340 Effektivgewichten die Ende 2009 neu etablierte Gefäßmedizin war. Im Jahresdurchschnitt 2010 verfügte das UHZ unverändert über 165 Betten. Das UHZ weist für 2010 einen Jahresüberschuss in Höhe von 6,2 Mio. € aus, der dem UKE über den bestehenden Ergebnisabführungsvertrag zufließt.
Für 2011 plant das UHZ ebenso wie das UKE ein mäßiges Wachstum von 4 % bei einer Erlössteigerung von knapp einer Mio. € in Folge der negativen gesundheitspolitischen Effekte (Mehrerlösabschlag, Basisfallwertkorrektur). Das Ergebnis sollte im Zuge der gleichzeitigen Mehrkosten aus Tarifsteigerungen und weiteren Anschubfinanzierungen für die Klinik für Gefäßmedizin nur leicht über dem Niveau von 2010 ausfallen. Eine ähnlich moderate Entwicklung wird auch für die Folgejahre erwartet.

Die **Ambulanzzentrum des UKE GmbH (MVZ)** mit einem Stammkapital von 25 T€ ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des UKE, die ausschließlich durch die krankenkassenfinanzierte ambulante Patientenversorgung Erlöse erzielt. Die MVZ hat ihr Leistungsspektrum 2010 erneut erweitert (aufgenommen: Sportmedizin, Rheumatologie und Transfusionsmedizin) und ist mit insgesamt 21 Fachbereichen (2009: 18) und 56 Fachärzten (Vorjahr 45) größtes Versorgungszentrum in Hamburg. Die deutliche Steigerung des Umsatzvolumens auf 15,4 Mio. € (+ 21,4 %) basiert neben der Leistungsausweitung vor allem auf dem Anstieg der abgerechneten EBM-Punkte, die gegenüber 2009 um 9,6 %

höher lagen. Der Jahresüberschuss des MVZ konnte trotz dieser positiven Geschäftsentwicklung nur mäßig auf 156 T€ (2009: 107 T€) verbessert werden und wird über den Ergebnisabführungsvertrag an das UKE fließen. Für das Jahr 2011 werden keine Änderungen der EBM- und GOÄ-Vergütungsbedingungen gesehen, sodass die erwartete moderat positive Geschäftsentwicklung zum einen aus einer Leistungssteigerung der bestehenden Fachbereiche kommen soll sowie aus der Eröffnung zwei weiterer Ambulanzen im Fachbereich Ärztliche Psychotherapie.

Die 2004 gegründete und zu 100 % dem UKE gehörende **„Martini-Klinik am UKE GmbH" (Martini-Klinik)** (Stammkapital 25 T€) ist auf die Behandlung von Prostatakarzinom spezialisiert, wobei die radikale Prostatektomie (operative Entfernung der Prostata) mit über 90 % der Eingriffe dominiert. Zusammen mit den Patienten aus der Urologie des UKE wurde diese Operation in 2010 insgesamt über 1900 mal durchgeführt (Anteil der Martiniklinik: 1365). Damit konnte die bereits 2008 eroberte Position an der Weltmarktspitze unter den Prostatakarzinomzentren weiter ausgebaut werden. Gleichzeitig wurde seit Dezember 2008 eine leichte Verschiebung im Behandlungsstandard zu Gunsten einer roboterassistierter Operationstechnik eingeleitet. Insgesamt konnte die Anzahl der Behandlungen mit dieser Technik von 158 auf 249 Fälle in 2010 gesteigert werden (davon Martini-Klinik: 146 Fälle).
Die Martini-Klinik ist Partner und Motor des Verbundprojektes Prostatakrebs des Bundesministeriums für Forschung und Bildung (BMBF) geworden. An diesem auf fünf Jahre angelegten Projekt mit einer Fördersumme von insgesamt 8,5 Mio. € (Anteil Martini-Klinik: 873 T€) nehmen neben der Martini-Klinik auch das UKE sowie das Deutsche Krebsforschungszentrum teil.
Im Zuge des geplanten weiteren Wachstums erhöhte die Martini-Klinik durch die Eröffnung einer neuen Station die durchschnittliche Bettenzahl von 28 auf 36. Der effektive Casemix wurde um 14 % auf 3.177,69 gesteigert. Die Leistungsausweitung brachte im Jahresvergleich einen Ertragszuwachs in Höhe von 0,9 Mio. € auf 15,8 Mio. €. Hiervon wurden 10,7 Mio. € aus Fallpauschalen erzielt (2009: 9,1 Mio. €). Der Jahresüberschuss der Martini-Klinik betrug 3,8 Mio. € (Vorjahr: 2,9 Mio. €) und wird gemäß Ergebnisabführungsvertrag an das UKE abgeführt.

Insgesamt hat sich ein nachhaltig stabiles und sehr erfolgreiches Geschäftsfeld entwickelt, dass trotz der Risiken im Bereich der Kostenerstattung durch die Kostenträger und der allgemeinen Preisentwicklung (Basisfallwerte) umfangreiche Wachstumsperspektiven bietet. Für 2011 wird erneut über eine Leistungsausweitung eine Verbesserung des Ergebnisses angestrebt.

Zum UKE-Konzern gehören des Weiteren drei Gesellschaften dem Forschungsbereich an:

Die **Analytical Service North GmbH (ASN)** ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des UKE und erbringt Dienstleistungen für das UKE und für Dritte in der High-End-biomedizinischen Diagnostik. Unternehmensziel ist es, die führenden forschenden Pharmaunternehmen als Kunden zu gewinnen und im Bereich der präklinischen Forschung dauerhaft zusammen zu arbeiten. Wegen der unverändert schwierigen Marktbedingungen in der norddeutschen Life-Science-Branche generiert die ASN überwiegend Mandate von forschenden nordamerikanischen Pharmaunternehmen. Damit ist die Umsatzentwicklung der ASN maßgeblich durch die Auftragsabwicklung für die US-amerikanischen Geschäftspartner bestimmt und korreliert mit dem Verhältnis von angefangenen Aufträgen, für die An- und Meilensteinzahlungen geleistet werden, und der Anzahl fertig gestellter Aufträge, in deren Folge Schlusszahlungen geleistet werden. Dies verursacht eine gewisse Umsatzvolatilität, die nicht auf eine sich verschlechternde Geschäftsentwicklung hindeutet. Im Zusammenhang mit der Fertigstellung von vier großen Aufträgen und einer Reihe kleinerer Aufträge fiel der Umsatz 2010 auf 756 T€ (Vorjahr: 800 T€) zurück.
Die ASN weist für 2010 einen Jahresüberschuss in Höhe von 157 T€ (nach 52 T€ in 2009) aus, der gemäß Ergebnisabführungsvertrag an das UKE abgeführt wird. Gemäß Gesellschafterbeschluss vom 25.10.2009 wird die ASN zum 01.01.2011 mit der MediGate GmbH, ebenfalls 100 %iges Tochterunternehmen des UKE, verschmolzen.

Die **School of Life Science gGmbH (SLS)** ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des UKE und staatlich anerkannt für die Ausbildung von biologisch-technischen Assistenten (BTA). Die sogenannte BTA-Schule wird aus Zuführungen der Behörde für Schule und Berufsbildung (BSB) Hamburg, aus Schulgeld, aus Weiterbildungsleistungen und aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Diese Finanzierung führt jedoch nicht zu Überschüssen, sondern dient ausschließlich zur Deckung der Personal- und Sachkosten. Die Ausbildung erfolgt seit 2010 dreizügig (davor zweizügig). Die Gesamtschülerzahl steigerte sich von 94 am Jahresanfang nach 45 abgegangenen erfolgreich staatlich geprüften BTA Absolventen auf 116 Schüler im Dezember 2010. Der Jahresüberschuss der SLS betrug 49 T€ nach einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 12 T€ im Vorjahr.
Aufgrund der in den Vorjahren eingeleiteten Marketingmaßnahmen und der hohen Nachfrage nach Ausbildungsplätzen kann die Dreizügigkeit als gesichert angesehen werden. Durch den gesetzlichen Anspruch einer Finanzierung über die Schulbehörde ist zusammen mit den Schulgeld-Einnahmen ein grundsätzlich ausreichendes Erlösvolumen gesichert, so dass für 2011 erneut ein mindestens ausgeglichenes Ergebnis erwartet wird.

Die **MediGate GmbH**, eine 100 %ige Tochter des UKE, ist ein Dienstleistungsunternehmen für die Medizinische Fakultät mit dem Fokus auf dem Management von Drittmittelverträgen mit öffentlichen Drittmittelgebern und Auftraggebern aus der Industrie, den Wissens- und Technologietransfer mit Patentverwertung sowie der Unterstützung der am UKE durchgeführten klinischen Studien. Für diese Dienstleistungen erhält die MediGate eine kostendeckende Pauschalvergütung von der Medizinischen Fakultät der Universität Hamburg. In 2010 hat sich die Anzahl der bearbeiteten Projekte und Verträge leicht von 1.284 auf 1.636 gesteigert. Diese Entwicklung ist vor dem Hintergrund zu bewerten, dass zunehmend sehr zeitaufwändige Kooperationsverträge zu Verbundforschungsprojekten verhandelt werden, die jedoch auch mit erhöhten Drittmitteleinnahmen einhergehen. Im Rahmen der EU-Forschungsförderung koordinierte die MediGate Projekte und Veranstaltungen mit einem auf das UKE anfallenden Anteil von 5,0 Mio. € (3,6 Mio. € in 2009). Der Patent- und Lizenzbereich akquirierte aus dem UKE Wissenschaftlerkreis 25 (Vorjahr: 23) neue Erfindungen. Für den Geschäftsbereich Clinical Trial Center North (CTC) war 2010 ein schwieriges Jahr mit mehreren unvorhersehbaren Projektabsagen und -verzögerungen mit spürbaren Umsatzausfällen (über 2,5 Mio. €), die nur teilweise durch kurzfristig eingeworbene neue Studien und durch zügige Bearbeitung

von Prüfarzt-initiierten Studien aufgefangen werden konnten. Nur durch gleichzeitige Kostensenkungsmaßnahmen und erhebliche Anstrengungen, den Personalaufwand zu flexibilisieren, konnte der Jahresfehlbetrag in 2010 auf 361 T€ begrenzt werden (Vorjahr: + 43 T€). Dieser wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages vom UKE ausgeglichen.
Die bereits angebahnten und abgeschlossenen Aufträge mit unterschiedlichen Pharmafirmen versprechen für 2011 eine deutliche Steigerung des Auftragsvolumens. In Verbindung mit der eingeleiteten Konsolidierung wird für 2011 und Folgejahre wieder mit einem positiven Ergebnis gerechnet.

In 2010 gehörten dem UKE-Konzern sechs Servicetochtergesellschaften, von denen das UKE bei einer zu 100 % und bei fünf mehrheitlich mit jeweils 51 % beteiligt ist sowie eine Enkelgesellschaft:

Die **Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH (KGE)** wurde 2001 errichtet und verfügt über ein Stammkapital von 50 T€. Hiervon hält das UKE 51 % und die Medirest GmbH & Co. OHG (ehem. CCS Clinic Catering Service GmbH Co. OHG) einen Anteil von 49 %. Die KGE ist hauptsächlich für das UKE und deren Tochtergesellschaften tätig und versorgt Patienten, Mitarbeiter, Studenten, Blutspender und Gäste mit Speisen und Getränken. Dabei soll die Versorgung zu marktgerechten Preisen erfolgen und dauerhaft Einsparungen für das UKE erreichen. Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden vom UKE 452.253 Beköstigungstage (BKT) und damit 18.388 BKT mehr als im Vorjahr abgerufen. Diese Erhöhung ist auf die Eröffnung und Versorgung neuer medizinischer Stationen zurück zu führen. Gleichzeitig lagen nach dem im Jahr 2009 eingeführen Speisenversorgungssystems „Catering to You“, welches ohne Bestell- und Vorlaufzeiten eine direkte bedarfsorientierte Patientenversorgung ermöglicht, die BKT unverändert unter der Anzahl der Pflegetage.
Daneben stiegen die abgeforderten BKT vom AKK auf 35 T BKT, vom Betriebskindergarten auf 26 T BKT und vom Blutspendedienst auf 31 T BKT.

Der durchschnittliche Bruttoumsatz im Mitarbeiterrestaurant pro Besucher lag 2010 bei 2,95 € (2009: 2,91 €). Die KGE weist für 2010 einen Gewinn in Höhe von 22 T€ (2009: 5 T€) aus, der an das UKE gemäß Ergebnisabführungsvertrag abgeführt wird. Für 2011 wird ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Die 2003 errichtete **KTE Klinik Textilien Eppendorf GmbH** (Stammkapital 25 T€) versorgt in erster Linie das UKE und deren Tochtergesellschaften mit Stationswäsche sowie Dienst– und Schutzkleidung im Komplettservice. Die SIMEONSBETRIEBE GMBH, Minden ist der private Minderheitsgesellschafter. Einhergehend mit der Zielsetzung der Optimierung des Wäscheverbrauchs ging in 2010 der Wäschestückverbrauch pro Pflegetag von 19,1 in 2009 auf 17,3 in 2010 zurück. Mit einem Jahresüberschuss in 2010 von 3 T€ vor Ergebnisabführung an das UKE lag die KTE leicht über dem geplanten Ergebnis. Für das Geschäftsjahr 2011 erwartet die KTE erneut ein ausgeglichenes Ergebnis.

Die **KSE Klinik Service Eppendorf GmbH** wurde 2004 ausgegründet. An dem Stammkapital von 50 T€ hält das UKE 51 %. Der Minderheitsanteil von 49 % wird auch nach der in 2010 erfolgten Neuausschreibung der Managementleistung unverändert von der privaten Gesellschaft Bogdol GmbH gehalten. Im Zuge dessen wurde eine Neukalkulation der Leistung vereinbart. Die KSE ist im Wesentlichen für die Reinigung sämtlicher Gebäudeflächen des UKE und der Tochtergesellschaften verantwortlich, wobei die Reinigungsleistungen als auch die Qualität der Reinigung optimiert werden sollen und gleichzeitig das Umweltmanagement gefördert wird. Das Gesamtvolumen zu reinigender Fläche war mit 62,7 Millionen m² nach 63,4 Millionen m² leicht rückläufig. Die verrechneten Jahresreinigungsstunden erhöhten sich auf rd. 568.000 Stunden. Das angestrebte ausgeglichene Ergebnis realisierte sich mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 5 T€, der im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt wird. Im Geschäftsjahr 2011 wird der Stundenverrechnungssatz entsprechend der Neukalkulation angepasst und erneut ein ausgeglichenes Ergebnis angestrebt.

Die **KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH** (KLE) wurde 2004 ausgegründet. Seit dem 01.01.2007 hält das UKE 100 % des Stammkapitals in Höhe von 50 T€. Die KLE ist für sämtliche Logistik- und Serviceleistungen auf dem UKE-Gelände verantwortlich, die im UKE auch die Integrierte OP-Versorgung, das Management für OP-Instrumente und die modulare Versorgung der Stationen mit Arzneimitteln sowie den Zentraleinkauf einschließen. Durch Prozessoptimierungen in den Transportdiensten, der Restrukturierung in der Zentralsterilisation und der OP-Versorgung sowie Kostensenkungsmaßnahmen insbesondere im Bereich der Zeitarbeit konnte eine über den Erwartungen liegende Einsparung in Höhe von 939 T€ realisiert werden. Gleichzeitig erhöhte sich die Produktivität gemessen an den Logistik-Kosten pro Case-Mix-Punkt. Insgesamt führte dies zu einem ausgeglichenes Ergebnis in Höhe von 4 T€, das im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt wird.

An der **KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH** mit einem Stammkapital von 50 T€ ist die VAMED Management und Service GmbH Deutschland der private Minderheitsgesellschafter mit einem Anteil von 49 %. Die Management-Leistungen der VAMED zielen auf die kontinuierliche Senkung der Instandhaltungskosten, die Qualitätssteigerung der medizinischen Service-Dienstleistungen und auf die professionelle Bearbeitung der UKE-Projekte in diesem Bereich ab.

Die KME ist verantwortlich für die Gerätebewirtschaftung der Medizintechnik im UKE und der Tochtergesellschaften. Die mit dem UKE auf Basis des abgeschlossenen mittelfristigen Business-Plans für 2010 vorgesehene Kosteneinsparung in Höhe von insgesamt 285 T€ wurde erreicht. Der Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2010 beträgt 119 T€ (Vorjahr: 58 T€) und beinhaltet die Auflösung einer Rückstellung in Höhe von 389 T€ im Zuge der Beilegung einer streitigen Auslegung des bestehenden Integrierten Service Management-Vertrages mit der Siemens AG. Das Ergebnis wird im Rahmen des Ergebnisabführungsvertrages an das UKE abgeführt. Für das Geschäftsjahr 2011 wird ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet und eine Kosteneinsparung in Höhe von 325 T€ angestrebt.

Auch an der 2004 gegründeten **KFE Klinik Facility Management Eppendorf GmbH** (Stammkapital 100 T€) ist die VAMED Management und Service GmbH Deutschland der private Minderheitsgesellschafter mit einem Anteil von 49 %. Die KFE ist verantwortlich für das gesamte Technische Facility–Management (TFM) und Baumanagement im UKE und deren Tochtergesellschaften sowie den für die auf dem UKE angesiedelten Nachbarn (Facharztklinik, Apcoa Tiefgarage). Das Technische Facility-Management umfasst im Wesent-

lichen die technische Betriebsführung, die Energie- und Medienversorgung sowie die Instandhaltung der haustechnischen Anlagen und Gebäude. Hierbei soll eine kontinuierliche Senkung der Kosten bei gleichzeitiger Qualitätssicherung erreicht werden. Zur Unterstützung der Zielerreichung wurde mit der VAMED ein Managementvertrag geschlossen, der nach seiner Verlängerung zunächst bis zum 31.12.2012 fortgeführt wird.

Nachdem die sogenannten Masterplan-Neubauten im UKE weitgehend abgeschlossen sind, wurde das KFE-Baumanagement mit dem Team Masterplan des UKE in der KFE zum 1.1.2010 zusammengeführt. Die Baudienststelle des UKE, die hoheitliche Aufgaben wahrnimmt, verblieb dagegen unverändert organisatorisch im UKE. Nennenswerte Projekte, die von der KFE in 2010 geplant und realisiert wurden, sind u.a. der Neubau der Psychiatrie und der 1.Bauabschnitt des Universitären Cancer Centers (UCCH).

Zudem bearbeitet die KFE mehrere **externe Projekte**. Beim Neubau der HafenCity Universität Hamburg, einem zentralen und wichtigen Bauvorhaben der Freien und Hansestadt Hamburg mit einem Gesamtvolumen von 61 Mio. Euro, nimmt die Baudienststelle des UKE die Projektsteuerung im Auftrag der BWF wahr und die KFE ist mit der Durchführung befasst. Mit den Gründungsarbeiten wurde im Oktober 2010 begonnen, die Übergabe an den Nutzer ist für den 1. Februar 2013 geplant.

Im Jahr 2010 erweiterte die KFE ihr Leistungsspektrum um die Sparte **Auslandsprojekte** und erstellt derzeit für die UCM (UKE Consult und Management GmbH) den baulichen und betriebsorganisatorischen Teil für Masterplanungen von drei Krankenhäusern in der Schweiz.

Über ihre 100 %ige Tochtergesellschaft, die **KFE Energie GmbH** mit einem Stammkapital von 25 T€, ist die KFE der Energieversorger der UKE Liegenschaft. Zwischen der KFE und der KFE Energie besteht ein Gewinnabführungsvertrag, aus dem die KFE im Jahr 2010 eine Gewinnabführung von 1,3 Mio. € vereinnahmen konnte. Zielsetzung der KFE Energie ist, über die Fokussierung auf das Energiegeschäft, durch den Mengeneffekt und durch zeitgemäße Beschaffungsmethoden den stark steigenden Preisen am Energiemarkt mit Energiekosteneinsparungen entgegen zu wirken. Gleichzeit profitiert das UKE indirekt über den bestehenden gesetzlich anerkannten Energieversorgerstatus der KFE Energie und zieht steuerlich Nutzen durch die Rückerstattung von Ökosteuer (Mineralöl- und Stromsteuer).

Die Geschäftsentwicklung der KFE hat 2010 insgesamt zu einem negativen Ergebnis von -8 T€ geführt, der ausschließlich durch den Gewinn der KFE Energie GmbH zu einem positiven Ergebnis in Höhe von 1,3 Mio. € gewandelt werden konnte. Dieser wird über den Gewinnabführungsvertrag an das UKE abgeführt. Durch die in 2010 beschlossenen Änderungen des Energie- und Stromsteuergesetzes hat sich das Potential der Steuerrückerstattung für die KFE Energie deutlich reduziert, so dass künftig auch der Jahresüberschuss der KFE Energie und damit die Gewinnausschüttung an die KFE deutlich niedriger ausfallen wird.

Das UKE ist weiterhin an einer Gutachten- und einer Beratungsgesellschaft beteiligt:

Die **ForEx Gutachten GmbH** ist eine 100 %ige Tochtergesellschaft des UKE mit Sitz in Pinneberg. Ihre Aufgabe besteht in der Erbringung von Service-, Gutachter- und Vermittlungsdienstleistungen auf dem Gebiet der Rechtsmedizin für Hoheitsträger und sonstige Auftraggeber. Das Leistungsspektrum umfasst im Wesentlichen die Durchführung von Leichenschauen und Obduktionen. Die Gestellung von Ärzten für einen mobilen polizeiärztlichen Dienst wurde 2009 ins Leistungsportfolio aufgenommen. Dieses neue Geschäftsfeld steigerte seinen Umsatz leicht auf über 438 T€ (+2,3 % gegenüber 2009) und ist unverändert stärkster Umsatzbereich. Insgesamt erwirtschaftete die ForEx einen Umsatzanstieg von 12,9 % gegenüber Vorjahresniveau auf 1,3 Mio. € (2009: 1,2 Mio. €). Für das in 2008 übernommene Geschäftsfeld der Koordination und des Abrechnungsservice für Gutachtenleistungen der UKE Wissenschaftler und Ärzte konnten über 51 T€ (+162,2 % gegenüber 2009) erlöst werden. Die ForEx weist am Jahresende einen Gewinn in Höhe von 243 T€ (Vorjahr 171 T€) aus, der gemäß Gewinnabführungsvertrag an das UKE abgeführt wird. Für 2011 wird nur eine mäßige Umsatz- und Ergebnissteigerung erwartet.

Die **UKE Consult und Management GmbH (UCM)** wurde im März 2006 gegründet. Aktuell ist das UKE daran zu 40 % beteiligt, und die Hellmann Worldwide Logistics GmbH & Co. KG ebenfalls mit 60 %. Der Geschäftszweck der UCM besteht in dem Angebot und der Abwicklung von Beratungs- und Managementdienstleistungen für internationale Einrichtungen des Gesundheitswesens. Über eine Fortsetzung des im November 2007 abgeschlossenen Fünf-Jahres-Managementvertrages für das Typical Police Hospital (TPH) in Sana'a wird seit 2010 mit dem jemenitischen Innenministerium verhandelt. Schwerpunkt der Aktivitäten in 2010 war die Beratungstätigkeit im Schweizer Gesundheitsmarkt, wo fünf Mandate gewonnen werden konnten. Die UCM hat den Umsatz aus Beratungsleistungen mit 36 % bzw. 575 T€ deutlich auf 2,2 Mio. € steigern können. Es wurde ein Jahresüberschuss in Höhe von 67 T€ (Vorjahr 24 T€ Fehlbetrag) erwirtschaftet. Aufgrund der positiven Umsatzentwicklung wird für das Jahr 2011 von einer weiterhin erfolgreichen Geschäftsentwicklung mit einem über gleichfalls moderat besseren Jahresüberschuss gerechnet.

Die als operative Zweckgesellschaft zur Produktion von PET (Positronen-Emissions-Tomographie) Radiotracern in 2007 vom UKE gegründete **Norddeutsche Zyklotron GmbH (NOZ)** hat bereits im September 2007 ihren wirtschaftlichen Betrieb eingestellt. Nachdem der Rückbau des Betriebsstandortes und die Sanierung der Räumlichkeiten im Januar 2009 abgeschlossen wurden, fand keine Geschäftsaktivität mehr statt.

5. Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag sind außer den bereits dargestellten, keine Vorgänge von besonderer Bedeutung eingetreten.

Hamburg, den 28. Februar 2011

Der Vorstand

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg
Bilanz zum 31. Dezember 2010

Aktivseite

	31.12.2010		31.12.2009
	€	€	€
A. Anlagevermögen			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Anwendersoftware		1.313.901,00	1.572.376,00
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	502.213.962,46		502.898.448,46
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	379.349,00		477.098,00
3. Technische Anlagen	109.493.246,00		118.548.426,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen	92.471.339,65		96.767.562,95
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	9.170.452,87		6.159.148,53
		713.728.349,98	724.850.683,94
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	586.086,80		586.086,80
2. Beteiligungen	37.955,00		26.955,00
		624.041,80	613.041,80
		715.666.292,78	**727.036.101,74**
B. Umlaufvermögen			
I. Vorräte			
1. Hilfs- und Betriebsstoffe	18.435.534,63		16.480.594,41
2. Unfertige Leistungen	6.659.196,84		6.373.847,24
3. Geleistete Anzahlungen	0,00		234.881,11
		25.094.731,47	23.089.322,76
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr € 49.329,50; Vorjahr € 42.049,55)	56.662.603,76		59.744.743,38
2. Forderungen an den Krankenhausträger	226.749.066,91		251.677.137,02
3. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (davon nach dem KHEntgG bzw. der BPflV € 0,00; Vorjahr € 7.058.527,00)	0,00		7.058.527,00
4. Forderungen gegen verbundene Unternehmen	50.367.361,55		46.830.861,09
5. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	73.858,11		231.350,50
6. Sonstige Vermögensgegenstände	5.944.870,48		4.075.439,82
		339.797.760,81	369.618.058,81
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks		29.671.273,61	9.359.107,32
		394.563.765,89	**402.066.488,89**
C. Rechnungsabgrenzungsposten			
1. Disagio	5.784.358,76		6.176.725,87
2. Andere Abgrenzungsposten	2.008.390,35		2.102.521,68
		7.792.749,11	**8.279.247,55**
D. Aktive latente Steuern		**1.661.259,42**	**0,00**
		1.119.684.067,20	**1.137.381.838,18**

Passivseite

		31.12.2010		31.12.2009
		€	€	€
A.	**Eigenkapital**			
1.	Festgesetztes Kapital	25.564.594,06		25.564.594,06
2.	Kapitalrücklage	4.977.654,05		4.977.654,05
3.	Restrukturierungsrücklage	64.763.638,28		64.763.638,28
4.	Gewinnrücklage	1.835.077,00		0,00
5.	Bilanzverlust	-60.791.258,00		-62.090.784,88
			36.349.705,39	**33.215.101,51**
B.	**Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens**			
1.	Sonderposten aus Fördermitteln der Freien und Hansestadt Hamburg	503.390.645,73		522.438.606,62
2.	Sonderposten aus Zuwendungen und Zuschüssen Dritter	11.308.641,13		10.176.177,13
			514.699.286,86	**532.614.783,75**
C.	**Rückstellungen**			
1.	Pensionsrückstellungen	222.860.393,00		228.843.564,00
2.	Steuerrückstellungen	244.677,00		4.030,25
3.	Sonstige Rückstellungen	35.972.131,02		40.317.285,66
			259.077.201,02	**269.164.879,91**
D.	**Verbindlichkeiten**			
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 4.775.373,60; Vorjahr € 3.113.812,77)	67.715.867,41		57.263.213,94
2.	Verbindlichkeiten gegenüber der Kasse.Hamburg (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 75.236.722,66; Vorjahr € 66.774.981,54)	75.236.722,66		66.774.981,54
3.	Erhaltene Anzahlungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 225.056,32; Vorjahr € 197.824,45)	225.056,32		197.824,45
4.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 16.542.293,71; Vorjahr € 18.766.149,58)	16.542.293,71		18.766.149,58
5.	Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhauträger (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 1.104.336,67; Vorjahr € 1.860.936,96)	1.104.336,67		1.860.936,96
6.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht (davon nach dem KHEntgG bzw. der BPflV € 33.026.964,78; Vorjahr € 43.939.976,19) (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 33.026.964,78 Vorjahr € 43.939.976,19)	33.026.964,78		43.939.976,19
7.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens und anderen Zuschüssen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 69.577.026,89; Vorjahr € 69.720.570,32)	69.577.026,89		69.720.570,32
8.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 31.936.914,74; Vorjahr € 32.234.714,80)	31.936.914,74		32.234.714,80
9.	Sonstige Verbindlichkeiten (davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr € 12.325.060,18; Vorjahr € 9.724.149,36)	12.325.060,18		9.924.574,79
			307.690.243,36	**300.682.942,57**
E.	**Rechnungsabgrenzungsposten**		**1.467.290,28**	**1.704.130,44**
F.	**Passive latente Steuern**		**400.340,29**	**0,00**
			1.119.684.067,20	**1.137.381.838,18**

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg
Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010

		2010	2009
		€	€
1.	Erlöse aus Krankenhausleistungen	278.318.057,44	270.142.777,69
2.	Erlöse aus Wahlleistungen	20.620.030,27	16.410.281,21
3.	Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	19.388.100,87	17.686.777,48
4.	Nutzungsentgelte der Ärzte	6.821.743,80	6.653.637,85
5.	Erhöhung des Bestandes an unfertigen Leistungen	285.349,60	1.654.394,47
6.	Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 10	183.556.826,03	176.563.608,09
7.	Sonstige betriebliche Erträge	112.160.887,08	104.278.823,35
		621.150.995,09	593.390.300,14
8.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	240.795.064,78	220.835.036,33
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung (davon für Altersversorgung € 14.661.521,40; Vorjahr € 31.219.611,45)	53.974.760,86	68.462.919,30
	c) Aus Drittmitteln finanzierter Personalaufwand	28.772.328,14	23.997.653,74
		323.542.153,78	313.295.609,37
9.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Hilfs- und Betriebsstoffe	140.354.099,41	134.119.366,76
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	56.818.953,94	52.387.327,33
		197.173.053,35	186.506.694,09
	Zwischenergebnis	**100.435.787,96**	**93.587.996,68**
10.	Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen	26.973.262,96	52.298.884,48
11.	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens	46.236.720,61	46.795.304,45
12.	Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/Verbindlichkeiten aus Zuwendungen und Zuschüssen zur Finanzierung des Anlagevermögens	28.177.680,29	49.894.501,97
13.	Aufwendungen für geförderte, nicht aktivierungsfähige Maßnahmen	6.490.413,05	7.643.401,13
14.	Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	50.265.873,02	48.166.488,99
15.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	87.883.341,73	98.091.186,78
	Zwischenergebnis	**828.463,44**	**-11.113.393,26**
16.	Erträge aus Beteiligungen	0,00	14.000,00
17.	Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	12.027.157,40	10.086.498,98
18.	Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge (davon aus verbundenen Unternehmen € 85.645,01; Vorjahr € 33.469,39)	863.827,06	329.110,75
19.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen (davon an verbundene Unternehmen € 196.406,71; Vorjahr € 160.599,74)	15.503.555,12	2.908.534,96
20.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	361.229,42	2.557.661,22
21.	**Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit**	**-2.145.336,64**	**-6.149.979,71**
22.	Außerordentliche Erträge	4.499.931,81	2.494.859,04
23.	Außerordentliche Aufwendungen	2.131.108,56	0,00
24.	Außerordentliches Ergebnis	2.368.823,25	2.494.859,04
25.	Steuern (davon vom Einkommen und vom Ertrag € -244.677,00; Vorjahr € -294.897,70; davon latente Steuern € 1.351.493,57; Vorjahr € 0,00)	1.076.040,27	-266.008,21
26.	**Jahresüberschuss (Vorjahr: Jahresfehlbetrag)**	**1.299.526,88**	**-3.921.128,88**
27.	Verlustvortrag	-62.090.784,88	-58.169.656,00
28.	**Bilanzverlust**	**-60.791.258,00**	**-62.090.784,88**

Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf
Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg
Anhang für das Geschäftsjahr 2010

1. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss des UKE zum 31. Dezember 2010 ist entsprechend dem Gesetz zur Errichtung der Körperschaft „Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf" (UKEG) nach den Rechnungslegungsvorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung (KHBV) und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften aufgestellt worden. Dabei gelangten erstmals in vollem Umfang die Vorschriften des HGB in der durch das Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz (BilMoG) geänderten Fassung zur Anwendung.

Der Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung liegt die KHBV zugrunde. In Anwendung des § 265 Abs. 5 HGB wurde die Gliederung den Verhältnissen des UKE entsprechend angepasst.

Die Wertansätze der Bilanz zum 31. Dezember 2009 sowie die Ansätze der Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2009 wurden entsprechend des Wahlrechtes des Artikel 67 Abs. 8 EGHGB unverändert übernommen.

2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr unverändert beibehalten, soweit sich durch die Anwendung des BilMoG keine zwingenden Ansatz- oder Bewertungsänderungen ergaben. Bewertungsänderungen gegenüber dem Vorjahr (BilMoG Eröffnungsbilanz) wurden ergebniswirksam als außerordentliche Erträge bzw. Aufwendungen erfasst oder ergebnisneutral mit den Gewinnrücklagen verrechnet.

Das Anlagevermögen ist grundsätzlich mit den Anschaffungskosten der Vermögensgegenstände, vermindert um planmäßige Abschreibungen, bilanziert. Die Abschreibungen werden zeitanteilig nach der linearen Methode vorgenommen. Geringwertige Wirtschaftsgüter werden in einem Sammelposten erfasst und über fünf Jahre abgeschrieben. Gebrauchsgüter im Sinne des Krankenhausfinanzierungsrechts werden in einem Sammelposten erfasst und über drei Jahre abgeschrieben.

Für die Abgrenzung zwischen nachträglichen Anschaffungs- und Herstellungskosten und Instandhaltungsaufwendungen bei Gebäuden wurden bis 1992 die für die Finanzierung geltenden Grundsätze zugrunde gelegt, so dass in Teilbereichen Kosten der Erhaltung und Wiederherstellung aktiviert wurden.

Die Vorräte (Hilfs- und Betriebsstoffe) werden zu fortgeschriebenen Einstandspreisen (Durchschnittswertmethode) bzw. zu letzten Einstandspreisen unter Beachtung des strengen Niederstwertprinzips sowie mit Festwerten bewertet. Die unfertigen Leistungen (Überlieger) wurden entsprechend ihrer anteiligen Verweildauer und der anteilig entstandenen Kosten bis zum Bilanzstichtag bewertet.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind auf der Grundlage ihrer Nennwerte angesetzt; erkennbare Ausfallrisiken im Forderungsbestand sind durch angemessene Wertberichtigungen berücksichtigt. Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen enthalten geschätzte Forderungen von 2,8 Mio. €.

Soweit bei Darlehensverbindlichkeiten der Rückzahlungsbetrag höher ist als der Auszahlungsbetrag, wird der Unterschiedsbetrag als aktiver Rechnungsabgrenzungsposten (Disagio) ausgewiesen.

Zum Bilanzstichtag bestehen unmittelbare Pensionsverpflichtungen in Höhe von 214,8 Mio. €, von denen nach Artikel 28 EGHGB 20,5 Mio. € passivierungspflichtig sind. Der Berechnung, die nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren erfolgt (IDW RS HFA 30), liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Rechnungszins ist der von der Bundesbank bekanntgegebene Diskontierungszinssatz für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 5,15 %. Es wurde eine Einkommenssteigerung von 1,5 % p.a., eine Anpassung der laufenden Renten von 1,0 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 0,0 % unterstellt. Sämtliche unmittelbaren Pensionsverpflichtungen wurden bis einschließlich des Vorjahres in voller Höhe passiviert. Der Unterschiedsbetrag aus der aufgrund des BilMoG zum 1. Januar 2010 veränderten Bewertung von 23,0 Mio. € wird entsprechend Artikel 67 Abs. 1 EGHGB innerhalb von 15 Jahren zugeführt.

Daneben bestehen mittelbare Pensionsverpflichtungen von 107,4 Mio. €, für die gemäß Artikel 28 EGHGB ein Passivierungswahlrecht besteht. Der Berechnung, die nach dem ratierlichen Anwartschaftsbarwertverfahren erfolgt (IDW RS HFA 30), liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Rechnungszins ist der von der Bundesbank bekanntgegebene Diskontierungszinssatz für eine pauschale Restlaufzeit von 15 Jahren in Höhe von 5,15 %. Es wurde eine Einkommenssteigerung von 1,5 % p.a., eine Anpassung der laufenden Renten von 1,0 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 0,0 % unterstellt. Die mittelbaren Pensionsverpflichtungen resultieren daraus, dass die aktiven Arbeitnehmer, die am 31. Dezember 2001 und über den 1. Januar 2002 hinaus im UKE beschäftigt waren, in die Unterstützungskasse UKE Hamburg e.V., deren Trägerunternehmen das UKE ist, übergeleitet wurden. Diesen mittelbaren Verpflichtungen steht in Höhe von 117,5 Mio. € Deckungskapital bei einer Rückdeckungsversicherung gegenüber. Des Weiteren bestehen wirtschaftlich weitere mittelbare Pensionsverpflichtungen von 19,4 Mio. € für die der Unterstützungskasse als passive Trägerunternehmen angeschlossenen Tochtergesellschaften. Auch diesen mittelbaren Verpflichtungen steht insgesamt Deckungskapital von 21,8 Mio. € gegenüber.

Die Rückstellung für Altersteilzeit wird gemäß IDW RS HFA 3 gebildet. Der Berechnung liegen die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck zugrunde. Rechnungszins ist der von der Bundesbank bekanntgegebene Diskontierungszinssatz für die durchschnittliche Restlaufzeit in Höhe von 3,90 %. Es wurde ein Einkommenstrend von 1,5 % p.a. und eine Fluktuationsquote von 0,0 % unterstellt.

Für drohende Schadenersatzverpflichtungen aus strahlentherapeutischer Behandlung in der Abteilung Ra-

diologie und der Frauenklinik bestehen Rückstellungen von 3,7 Mio. €. Die bestehenden Rückstellungen berücksichtigen sämtliche bekannte Risiken und berücksichtigen auch die erwarteten Aufwendungen aus periodisch wiederkehrenden, zugunsten der geschädigten Patienten abzuschließenden Anschlussvergleiche. Die Rückstellungen für drohende Schadenersatzverpflichtungen aus sonstigen Behandlungsfehlern von 4,5 Mio. € berücksichtigen sämtliche bereits bekannten Risiken. Eine vollständige Dokumentation sämtlicher Rückstellungen aus Behandlungsfehlern wird laufend überarbeitet. Die Rückstellungen sind mit den unter Berücksichtigung der jeweils geschätzten Laufzeit abgezinsten zukünftigen Erfüllungsbeträgen bewertet.

Bei der Bildung der Sonstigen Rückstellungen wird allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung getragen. Sie sind in der Höhe bemessen, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Rückzahlungsbeträgen angesetzt.

3. Erläuterungen zu den Posten der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung

a) Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des **Anlagevermögens** ergibt sich insgesamt aus dem gemäß § 4 KHBV aufgestellten Anlagennachweis, der als Anlage beigefügt ist.

Im Rahmen der Aufstellung der Eröffnungsbilanz der Körperschaft zum 1. Januar 2001 wurden die Grundstücke neu bewertet. Dabei wurde der aktuelle Verkehrswert im Rahmen der Nutzung zugrunde gelegt.

In den **Vorräten** (Hilfs- und Betriebsstoffe) ist ein Festwert für in den Kliniken und Instituten gehaltene Materialbestände sowie für Blutpräparate von insgesamt 9,4 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen** haben, bis auf geringfügige Ratenzahlungsvereinbarungen von 49 T€, sämtlich eine Laufzeit von unter einem Jahr. Dabei wurde unterstellt, dass die in den Forderungen an den Krankenhausträger enthaltenen Ansprüche aufgrund der vom HVF für Versorgungsverpflichtungen abgegebenen Zusage über 196,4 Mio. € und die Forderung an die FHH aufgrund der vom Bernhard-Nocht-Institut übernommenen Altersversorgungsverpflichtungen von 0,5 Mio. € formal kurzfristig sind.

In den **Forderungen an den Krankenhausträger** sind in Höhe von 196,9 Mio. € Forderungen aus Versorgungsverpflichtungen der FHH bzw. dem HVF enthalten. Davon betreffen 29,6 Mio. € mittelbare Versorgungsverpflichtungen. Die Forderungen bestehen aufgrund der mit Vertrag vom 14./20. November 2007 von der FHH bzw. dem HVF abgegebenen Verpflichtung, dem UKE die Versorgungslasten zu erstatten, die vor dem 1. Januar 2001 entstanden sind. Für das Jahr 2010 wurde vom HVF auf Basis geschätzter Zahlen eine um 0,7 Mio. € zu hohe Abschlagzahlung geleistet. Der Ausweis der Überzahlung, die im Folgejahr verrechnet wird, erfolgt unter den **Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger**. Des Weiteren sind in den Forderungen Fördermittelforderungen in Höhe von 29,5 Mio. € und Restforderungen aus dem Betriebszuschuss von 0,4 Mio. € enthalten.

Die **Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** betreffen ausschließlich Ausgleichsforderungen nach dem KHEntgG.

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** betreffen mit 32,3 Mio. € (Vorjahr 35,2 Mio. €) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Der aktive **Rechnungsabgrenzungsposten** enthält im Wesentlichen mit 5,8 Mio. € abgegrenzte Zinsen (Disagio) aus der Finanzierung der Tiefgarage sowie ansonsten im Voraus gezahlte Besoldungen für Beamte und Zeitschriftenabonnements.

Als **Festgesetztes Kapital** ist der Betrag auszuweisen, der vom Krankenhausträger zur dauerhaften Verfügung des Krankenhauses im Sinne der KHBV bereitgestellt ist. Nach § 3 UKEG wurde dem UKE Eigenkapital zur Verfügung gestellt. Das Eigenkapital, das der FHH zusteht, setzt sich aus 25,6 Mio. € (50,0 Mio. DM) Stammkapital, einer Kapitalrücklage (5,0 Mio. €) und einer Restrukturierungsrücklage zusammen. Der Restrukturierungsrücklage von ursprünglich 97,1 Mio. €, die als bilanzieller Puffer für die Jahre 2002 bis 2008 diente, wurde in den Vorjahren im Saldo insgesamt ein Drittel für nicht durch Zuschüsse der FHH geförderten Aufwendungen für Altersversorgung für die Jahre bis einschließlich 2004, entnommen.

Die **Gewinnrücklagen** enthalten ausschließlich auf die erstmalige Anwendung des BilMoG zurückzuführende Bewertungsdifferenzen die im Rahmen der BilMoG Eröffnungsbilanz gemäß Artikel 67 EGHGB nicht erfolgswirksam erfasst werden konnten, sondern direkt in die Gewinnrücklagen einzustellen waren. Sie betreffen mit 1.604 T€ die Archivierungsrückstellung, mit 321 T€ die Jubiläumsrückstellung und mit -23 T€ die latenten Steuern der Organgesellschaften.

Fördermittel der FHH sowie Zuwendungen und Zuschüsse Dritter für Investitionen in aktivierte Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind als **Sonderposten**, vermindert um den Betrag der bis zum Bilanzstichtag aufgelaufenen Abschreibungen auf die mit diesen Mitteln finanzierten Vermögensgegenstände, ausgewiesen.

In den **Pensionsrückstellungen** sind 29,6 Mio. € zukünftige Zahlungen an die Rückdeckungsversicherung und sonstige im Zusammenhang mit der Altersversorgung stehende zukünftige Zahlungen enthalten, denen gleichlautende Forderungen an den HVF gegenüberstehen.

Die Entwicklung der **sonstigen Rückstellungen** ergibt sich aus dem nachfolgenden Rückstellungsspiegel:

	31.12. 2009 T €	BilMoG Effekte T €	01.01. 2010 T €	Ver-brauch T €	Auf-lösung T €	Zu-führung Zinsen (Z) T €	31.12. 2010 T €
Personalbereich							
Urlaub und Überstunden	5.688	0	5.688	5.688	0	6.004	6.004
Altersteilzeit	9.478	457	9.935	0	0	884 458 Z	11.277
Jubiläen	833	-321	512	0	0	0 30 Z	542
Sonstiges	1.240	0	1.240	1.172	0	1.981 1 Z	2.050
Medizinischer Schadenersatz	8.438	139	8.577	232	425	200 50 Z	8.170
Off-Label-Behandlungen	5.783	0	5.783	2.032	0	0	3.751
Archivierungskosten	3.022	-1.604	1.418	0	0	0 5 Z	1.423
Unterlassene Instandhaltung	2.071	0	2.071	1.361	0	0	710
Ausstehende Rechnungen	1.388	0	1.388	1.349	0	682	721
Prozessrisiken	547	0	547	55	212	82	362
Jahresabschlusskosten	490	0	490	380	9	176	277
Übrige Rückstellungen	1.340	0	1.340	510	550	405	685
	40.318	**-1.329**	**38.989**	**12.779**	**1.196**	**10.958**	**35.972**

Die **Verbindlichkeiten** haben folgende Restlaufzeiten:

Verbindlichkeiten (Vorjahresbetrag)	Gesamt T €	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr T €	1 bis 5 Jahre T €	über 5 Jahre T €
gegenüber Kreditinstituten	67.716 (57.263)	4.835 (3.114)	17.948 (11.932)	44.933 (42.217)
gegenüber der Kasse.Hamburg	75.237 (66.775)	75.237 (66.775)	0 (0)	0 (0)
Erhaltene Anzahlungen	225 (198)	225 (198)	0 (0)	0 (0)
aus Lieferungen und Leistungen	16.542 (18.766)	16.542 (18.766)	0 (0)	0 (0)
gegenüber dem Krankenhausträger	1.104 (1.861)	774 (1.861)	0 (0)	0 (0)
nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	33.027 (43.940)	33.027 (43.940)	0 (0)	0 (0)
aus sonstigen Zuwendungen	69.577 (69.721)	69.907 (69.721)	0 (0)	0 (0)
gegenüber verbundenen Unternehmen	31.937 (32.235)	31.937 (32.235)	0 (0)	0 (0)
Sonstige Verbindlichkeiten	12.325 (9.925)	12.184 (9.724)	141 (201)	0 (0)
Gesamt	**307.690** (300.683)	**251.751** (246.333)	**18.089** (12.133)	**44.933** (42.217)

Die **Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht** betreffen ausschließlich Ausgleichsverbindlichkeiten nach dem KHEntgG bzw. der BPflV.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** betreffen mit 15,8 Mio. € (Vorjahr 15,8 Mio. €) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen.

In den **Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens und anderen Zuschüssen** sind Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger aus nicht verwendeten Fördermitteln in Höhe von 34,7 Mio. € enthalten.

Es werden erstmals **latente Steuern** ausgewiesen. Der Ausweis erfolgt unsaldiert. Die latenten Steuern beruhen auf Abweichungen zwischen Handels- und Steuerbilanz und aufgrund der mit einigen verbundenen Unternehmen bestehenden ertragsteuerlichen Organschaft auch auf deren Abweichungen. Bei der Berechnung gelangte für die Körperschaftsteuer und den Solidaritätszuschlag ein Steuersatz von 15,8 % zur Anwendung. Soweit einzelne verbundene Unternehmen (Organgesellschaften) auch gewerbesteuerpflichtig waren, gelangte ein Steuersatz von 32,3 % zur Anwendung.

Insgesamt ergeben sich die latenten Steuern wie folgt:

	Vermögens-unterschied T €	Aktive latente Steuer T €	Passive latente Steuer T €
UKE KdöR			
Pensionsrückstellungen	3.669	581	
Rückstellung Altersteilzeit	3.629	574	
Rückstellung Schadenersatz	935	148	
Rückstellung Instandhaltung	852	135	
Forderungen Pensionen HVF	1.831		290
Forderungen Pensionen BNI	74		12
Rückstellung Jubiläen	256		41
Rückstellung Archivierung	189		30
Organgesellschaften			
Rückstellung Altersteilzeit	806	223	
Rückstellung Jubiläen	2	1	
Rückstellung Jubiläen	41		11
Rückstellung Archivierung	71		17
		1.661	**400**

In Höhe des Saldos der aktiven latenten Steuern von 1.261 T€ (Nettosteuerentlastung) besteht gemäß § 268 Abs. 8 HGB eine Ausschüttungssperre.

b) Sonstige Finanzielle Verpflichtungen

Verpflichtung aus	Gesamt T €	Restlaufzeit bis zu 1 Jahr T €	1 bis 5 Jahre T €	über 5 Jahre T €
Miet- und Leasingverträgen	11.296	746	1.694	8.856
Dienstleistungsverträgen	10.688	1.346	3.717	5.625
(davon gegenüber verb. Unternehmen)	(3.742)	(187)	(888)	(2.667)
Wartungsverträgen	1.150	729	421	0
Gesamt	**23.134**	**2.821**	**5.832**	**14.481**

c) Derivative Finanzinstrumente

Zur Absicherung des Zinssatzes eines variabel verzinslichen Darlehens über 13,0 Mio. € wurde ein Zinsswap über diesen Betrag zu einem abgesicherten Zinssatz von 4,15 % p.a. mit einer Laufzeit bis zum 21. November 2016 abgeschlossen. Der Zinsswap, der die variablen Zinszahlungen kompensiert, hat einen Marktwert von – 1.033 T€, der wegen Vorliegens einer Bewertungseinheit im Sinne von § 254 HGB nicht bilanziert wurde. Es wurde die Einfrierungsmethode angewendet.

d) Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

In den **Erlösen aus Krankenhausleistungen** sind insbesondere 244,0 Mio. € (Vorjahr 226,9 Mio. €) DRG-Erlöse und 19,9 Mio. € (Vorjahr 17,1 Mio. €) Pflegesatzentgelte enthalten. Insgesamt sind in den Erlösen – 3,2 Mio. € (Vorjahr + 9,4 Mio. €) Ausgleichsbeträge nach dem KHEntgG bzw. der BPflV verrechnet.

Die Zunahme der **Erlöse aus Wahlleistungen** ist weiterhin durch die Umstellung der Abrechnung sowie durch Leistungssteigerungen begründet. Bei neu eingestellten Chefärzten verbleibt das Liquidationsrecht beim UKE. Die **Nutzungsentgelte der Ärzte** blieben aufgrund von Leistungssteigerungen trotz des weiteren Rückgangs von Liquidationsberechtigungen leicht über dem Vorjahresniveau.

Die **Veränderung des Bestandes an unfertigen Leistungen** betreffen ausschließlich die Überlieger zu den jeweiligen Bilanzstichtagen.

In den **Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand** sind neben dem Betriebszuschuss für Forschung und Lehre von 110,6 Mio. € (Vorjahr 110,1 Mio. €) im Wesentlichen mit 54,4 Mio. € (Vorjahr 42,9 Mio. €) Zuweisungen von Drittmittelgebern sowie die ergebniswirksamen Zuschüsse des HVF und der FHH zur Altersversorgung von 15,7 Mio. € (Vorjahr 21,1 Mio. €) und Studiengebühren von 2,0 Mio. € (Vorjahr 1,9 Mio. €) enthalten.

In den **sonstigen betrieblichen Erträgen** sind im Wesentlichen 23,1 Mio. € (Vorjahr 22,2 Mio. €) Erträge aus Hilfs- und Nebenbetrieben, die hauptsächlich aus dem Verkauf von Arzneimitteln aus der hauseigenen Apotheke an ambulante Patienten, Fremdhäuser und Dritte resultieren, 5,8 Mio. € (Vorjahr 5,3 Mio. €) Erträge aus Vermietungen, 1,2 Mio. € (Vorjahr 5,4 Mio. €) Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen, 39,4 Mio. € (Vorjahr 35,1 Mio. €) Erträge aus der Belieferung von verbundenen Unternehmen, 25,1 Mio. € (Vorjahr 21,8 Mio. €) Erträge aus Dienstleistungen für verbundene Unternehmen, 1,6 Mio. € (Vorjahr 2,2 Mio. €) aus Personalgestellungen an verbundene Unternehmen, 1,4 Mio. € (Vorjahr 1,6 Mio. €) sonstige Erlöse von verbundenen Unternehmen und 2,4 Mio. € (Vorjahr 1,6 Mio. €) periodenfremde Erträge enthalten.

Der **Personalaufwand** hat sich insgesamt um 10,2 Mio. € bzw. 3,3 % erhöht. Dies ist bei erheblich gesunkenen Aufwendungen für Altersversorgung neben den Tarifsteigerungen insbesondere auf die Erhöhung der Anzahl der durchschnittlich beschäftigten Vollkräfte um 6,1 % zurückzuführen. Die erhebliche Abnahme des Aufwandes für Altersversorgung ist darauf zurückzuführen, dass die Veränderung der Pensionsrückstellung seit diesem Jahr getrennt im Personalaufwand und im Zinsaufwand gezeigt wird. Der Zinsanteil beträgt 11,5 Mio. €. Der Personalaufwand enthält 11,1 Mio. € (Vorjahr 12,0 Mio. €) Aufwendungen für die Dotierung einer Rückdeckungsversicherung für die

auf die Unterstützungskasse UKE Hamburg e.V. übergeleiteten Mitarbeiter.

Der **Materialaufwand** betrifft im Wesentlichen mit 146,3 Mio. € (Vorjahr 133,9 Mio. €) Aufwendungen für den medizinischen Bedarf. Der Aufwand für Lieferungen an verbundene Unternehmen macht beim medizinischen Bedarf 32,6 Mio. € (Vorjahr 28,2 Mio. €) aus. Daneben werden hier mit 28,7 Mio. € (Vorjahr 30,2 Mio. €) Aufwendungen für den Wirtschaftsbedarf, mit 12,0 Mio. € (Vorjahr 12,3 Mio. €) Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe und mit 10,1 Mio. € (Vorjahr 10,1 Mio. €) Aufwendungen für Lebensmittel und Speisenversorgung ausgewiesen. Diese Lieferungen und Leistungen werden fast ausschließlich von verbundenen Unternehmen bezogen.

Die **Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen** betreffen mit 23,3 Mio. € (Vorjahr 49,5 Mio. €) Mittel aus dem Finanzplan der FHH für große und kleine Maßnahmen (einschließlich der Umwidmung von Mitteln aus dem Zuschuss für Forschung und Lehre) und im Übrigen Erträge aus Aufträgen Dritter und Spendenmittel von 3,7 Mio. € (Vorjahr 2,8 Mio. €).

Von den **Abschreibungen** sind insgesamt 4,5 Mio. € (Vorjahr 3,3 Mio. €) ergebniswirksam. Sie werden nicht durch die Auflösung von Sonderposten neutralisiert.

Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** entfallen unter anderem mit 26,4 Mio. € (Vorjahr 26,3 Mio. €) auf laufende Instandhaltungsaufwendungen, mit 17,1 Mio. € (Vorjahr 20,5 Mio. €) auf laufende Verwaltungskosten, mit 18,5 Mio. € (Vorjahr 14,7 Mio. €) auf Aufwendungen im Drittmittelbereich und mit 0,2 Mio. € (Vorjahr 1,7 Mio. €) auf Schadenersatzleistungen. Des Weiteren werden unter diesem Posten 1,5 Mio. € (Vorjahr 1,4 Mio. €) Wertberichtigungen und Abschreibungen von Forderungen einschließlich Aufwendungen aus Vergleichen, 4,3 Mio. € (Vorjahr 8,8 Mio. €) Aufwand für Zeitarbeitskräfte und 2,8 Mio. € (Vorjahr 2,9 Mio. €) Weiterleitung von Betriebszuschüssen an Tochterunternehmen In den sonstigen betrieblichen Aufwendungen sind 0,7 Mio. € (Vorjahr 1,5 Mio. €) periodenfremde Aufwendungen enthalten.

Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** entfallen mit 416 T€ auf Abzinsungseffekte. Ansonsten betreffen sie die Verzinsung der laufenden Bankguthaben sowie der Forderungen.

Die **Zinsen und ähnlichen Aufwendungen** entfallen mit 12,5 Mio. € auf Abzinsungseffekte. Ansonsten betreffen die Zinsaufwendungen Betriebsmittelkredite, die gegenüber dem Vorjahr in etwa auf gleichem Niveau blieben.

Die **außerordentlichen Erträge** betreffen mit 3,1 Mio. € Erträge aus der Besserungsabrede für ein der AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH im Jahr 2006 zur Finanzierung des Austrittes aus der VBL gewährtes Darlehen von 13,0 Mio. €. Für dieses Darlehen hatte das UKE einen Forderungsverzicht gegen Besserungsabrede ausgesprochen. Daneben werden hier 1,4 Mio. € aus der auf 15 Jahre verteilten Erhöhung der Forderungen an die FHH für Finanzierungszusagen für Versorgungsverpflichtungen aufgrund der Bewertungsänderung durch das BilMoG ausgewiesen. Die **außerordentlichen Aufwendungen** betreffen ausschließlich die auf 15 Jahre verteilte Zuführung zur Pensionsrückstellung (1,5 Mio. €) sowie Zuführungen zu den Rückstellungen für Altersteilzeit und Schadenersatz (0,6 Mio. €) aufgrund der Bewertungsänderung durch das BilMoG.

Unter den **Steuern** werden latente Steuern (Ertrag von 1.351 T€) sowie ansonsten im Wesentlichen Gewerbesteuern von 245 T€ ausgewiesen.

4. Verbundene Unternehmen

Zum Bilanzstichtag werden folgende Anteile an verbundenen Unternehmen gehalten:

Gesellschaft	Zugangsjahr	Stammkapital	Anteil UKE	Jahresergebnis
		T €	%	T €
Klinik Gastronomie Eppendorf GmbH	2001	50	51,0	22
Analytical Services North GmbH	2002	25	100,0	157
School of Life Science Hamburg gGmbH	2003	25	100,0	49
KTE Klinik Textilien Eppendorf GmbH	2003	25	51,0	3
AKK Altonaer Kinderkrankenhaus gGmbH	2003	25	94,0	343
MVZ am Altonaer Kinderkrankenhaus GmbH	2006	25	(100,0)	1
MediGate GmbH	2004	25	100,0	– 361
KSE Klinik Service Eppendorf GmbH	2004	50	51,0	5
Ambulanzzentrum des UKE GmbH	2004	25	100,0	156
KFE Klinik Facility-Management Eppendorf GmbH	2004	100	51,0	– 8
KFE Energie GmbH	2006	25	(100,0)	1.312
KME Klinik Medizintechnik Eppendorf GmbH	2004	50	51,0	119
KLE Klinik Logistik Eppendorf GmbH	2004	50	100,0	4
Universitäres Herzzentrum Hamburg GmbH	2004	100	100,0	6.201
Univ. Herz- und Gefäßzentrum Hamburg GmbH	2005	25	(51,0)	– 1
Univ. Transplantationszentrum Hamburg gGmbH	2004	25	100,0	0
Martini-Klinik am UKE GmbH	2004	25	100,0	3.844
ForEx Gutachten GmbH	2006	25	100,0	324
NOZ Norddeutsche Zyklotron GmbH	2007	25	100,0	13

Die Jahresergebnisse betreffen sämtlich die zum 31. Dezember 2010 endenden Geschäftsjahre. Es handelt sich um die Jahresergebnisse vor gegebenenfalls stattfindenden Ausgleichen aufgrund eines Ergebnisabführungsvertrages. Die Anteilsangaben in Klammern betreffen mittelbare Beteiligungen des UKE.

Mit allen verbundenen Unternehmen besteht ein umsatzsteuerliches Organschaftsverhältnis, mit der KGE, KTE, KSE, KLE, KME, KFE, KEE, ASN, MediGate, ForEx, NOZ, UHZ, Martini-Klinik, und dem Ambulanzzentrum, mit denen Ergebnisabführungsverträge abgeschlossen wurden, darüber hinaus auch eine körperschaft- und gewerbesteuerliche Organschaft. Die Geschäftsführungen sämtlicher Tochtergesellschaften sind ausschließlich durch im UKE angestellte Mitarbeiter besetzt.

Daneben ist das UKE zum Bilanzstichtag an folgenden Gesellschaften mit über 20 % beteiligt:

Gesellschaft	Zugangsjahr	Stammkapital	Anteil UKE	Jahresergebnis
		T €	%	T €
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg Verwaltungs GmbH	2005	25	49,0	1
MPCH Medizinisches PräventionsCentrum Hamburg GmbH & Co. KG	2005	KG-Kapital 2	49,0	77
UKE Consult und Management GmbH	2006	25	40,0	67
Verwaltungsgesellschaft Martinistraße 78 GbR	2007	---	40,0	k.A.
HanseMerkur Zentrum für Traditionelle Chinesische Medizin am UKE gemeinnützige GmbH	2010	25	24,0	k.A.

Die ausgewiesenen Jahresergebnisse der MPCH (GmbH und GmbH & Co. KG) betreffen die zum 31. Dezember 2009 endenden Geschäftsjahre. Zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses lagen noch keine geprüften Jahresabschlüsse dieser Gesellschaften vor.

5. Sonstige Angaben

a) Vorstand

Der Vorstand setzt sich wie folgt zusammen:

- Prof. Dr. Jörg F. Debatin (Vorsitzender), Ärztlicher Direktor
- Dr. Alexander Kirstein, Kaufmännischer Direktor
- Joachim Prölß, Direktor für Patienten- und Pflegemanagement (ab 01.03.2010)
- Prof. Dr. Dr. Uwe Koch-Gromus, Dekan des Fachbereichs Medizin

b) Kuratorium

Das Kuratorium setzt sich wie folgt zusammen:

- Dr. Herlind Gundelach, Hamburg, Senatorin der Behörde für Wissenschaft und Forschung (Vorsitzende)
- Prof. Dr. Dieter Lenzen, Hamburg, Präsident der Universität Hamburg (stellvertretender Vorsitzender; ab 01.03.2010)
- Prof. Dr. Gabriele Löschper, Hamburg, Präsidentin der Universität Hamburg (stellvertretende Vorsitzende; bis 28.02.2010)
- Prof. Dr. Gerhard Adam, Hamburg, Ärztlicher Leiter des Diagnostikzentrums UKE
- Jutta Bittner, Hamburg, Beamtin, Freigestelltes Mitglied des nichtwissenschaftlichen Personalrates im UKE
- Hans Hinrich Coorssen, Hamburg, Senatsdirektor, Leiter des Amtes für Haushalt und Aufgabenplanung der Finanzbehörde
- Michael Eggenschwiler, Hamburg, Sprecher der Geschäftsführung der Flughafen Hamburg GmbH
- Prof. Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Hamburg, Geschäftsführender Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht
- Prof. Dr. Gabriele Nöldge-Schomburg, Rostock, Direktorin der Klinik und Poliklinik für Anästhesiologie und Intensivtherapie, Rostock
- Ricarda Schackmann, Hamburg, Leitende MTA-R des Diagnostikzentrums UKE
- Michael Schüler, Hamburg, Geschäftsbereich Personal & Organisation UKE
- Dr. Friedhelm Sternberg, Hamburg, Präsident der Börse Hamburg
- Jörg Werner, Hamburg, Stationsleitung am Zentrum für Operative Medizin UKE

c) Organbezüge

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2010 Bezüge von 1.145 T€. Der Gesamtbetrag entfällt mit 905 T€ auf fixe und mit 240 T€ auf variable Gehaltsbestandteile.

Die Mitglieder des Kuratoriums bezogen für das Geschäftsjahr 2010 keine Vergütungen.

Die Entsprechenserklärung des Vorstands und des Kuratoriums zum Hamburger Corporate Governance Codex ist im Amtlichen Anzeiger der FHH veröffentlicht.

d) Honorar des Abschlussprüfers

Die Angabe des Abschlussprüferhonorars erfolgt gemäß § 285 Nr. 17 HGB im Anhang des Konzernabschlusses.

e) Arbeitnehmer

Die im Jahr 2010 im Jahresdurchschnitt beschäftigten Mitarbeiter verteilen sich – umgerechnet auf Vollkräfte – wie folgt auf die einzelnen Dienstarten:

Dienstart	Haushalt Vollkräfte	Drittmittel Vollkräfte	Gesamt Vollkräfte
Ärztlicher Dienst	963,9	58,2	1.022,1
Pflegedienst	1.260,1	20,0	1.280,1
Medizinisch-technischer Dienst	1.212,9	403,4	1.616,3
Funktionsdienst	461,3	3,3	464,6
Klinisches Hauspersonal	2,9	0,0	2,9
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	4,8	0,0	4,8
Technischer Dienst	21,5	0,0	21,5
Verwaltungsdienst	482,2	4,3	486,5
Sonderdienst	51,3	0,0	51,3
Personal der Ausbildungsstätten	34,2	0,0	34,2
Sonstiges Personal	19,7	1,0	20,7
	4.514,8	**490,2**	**5.005,0**

Insgesamt betrug die durchschnittliche Zahl der während des Geschäftsjahres beschäftigten Arbeitnehmer im Sinne des § 285 Nr. 7 HGB 6.602 Arbeitnehmer (Vorjahr 6.322 Arbeitnehmer).

f) Konzernabschluss

Das UKE stellt nach § 290 HGB freiwillig einen Konzernabschluss auf.

g) Ergebnisverwendung

Der Jahresüberschuss des Jahres 2010 soll auf neue Rechnung vorgetragen werden.

Hamburg, den 28. Februar 2011

Der Vorstand

Anlagenspiegel zum 31. Dezember 2010

Bilanzposten	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	Restbuchwerte
	Anfangsstand 01.01.2010 €	Zugang €	Umbuchungen €	Abgang €	Endstand 31.12.2010 €	Anfangsstand 01.01.2010 €	AfA im Gesch.jahr €	Entnahme für Abgänge €	Endstand 31.12.2010 €	Stand 31.12.2010 €	Stand 31.12.2009 €
I. Immaterielle Vermögensgegenstände											
1. Anwendersoftware	12.836.985,15	926.398,01	0,00	0,00	13.763.383,16	11.264.609,15	1.184.873,01	0,00	12.449.482,16	1.313.901,00	1.572.376,00
Summe Immaterielle Vermögengegenstände	**12.836.985,15**	**926.398,01**	**0,00**	**0,00**	**13.763.383,16**	**11.264.609,15**	**1.184.873,01**	**0,00**	**12.449.482,16**	**1.313.901,00**	**1.572.376,00**
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	658.909.526,46	11.545.242,71	1.335.432,55	0,00	671.790.201,72	156.011.078,00	13.565.161,26	0,00	169.576.239,26	502.213.962,46	502.898.448,46
2. Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	4.578.957,24	0,00	0,00	0,00	4.578.957,24	4.101.859,24	97.749,00	0,00	4.199.608,24	379.349,00	477.098,00
3. Technische Anlagen	221.782.117,89	2.889.059,72	486.344,34	464.474,16	224.693.047,79	103.233.691,89	12.002.051,33	35.941,43	115.199.801,79	109.493.246,00	118.548.426,00
4. Einrichtungen und Ausstattungen	491.777.871,99	16.039.315,83	3.155.519,90	11.449.604,43	499.523.103,29	395.010.309,04	23.416.038,42	11.374.583,82	407.051.763,64	92.471.339,65	96.767.562,95
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	6.159.148,53	7.988.601,13	-4.977.296,79	0,00	9.170.452,87	0,00	0,00	0,00		9.170.452,87	6.159.148,53
Summe Sachanlagen	**1.383.207.622,11**	**38.462.219,39**	**0,00**	**11.914.078,59**	**1.409.755.762,91**	**658.356.938,17**	**49.081.000,01**	**11.410.525,25**	**696.027.412,93**	**713.728.349,98**	**724.850.683,94**
III. Finanzanlagen											
1. Anteil an verbundenen Unternehmen	6.185.969,93	0,00	0,00	0,00	6.185.969,93	5.599.883,13	0,00	0,00	5.599.883,13	586.086,80	586.086,80
2. Beteiligungen	26.955,00	11.000,00	0,00	0,00	37.955,00	0,00	0,00	0,00	0,00	37.955,00	26.955,00
Summe Finanzanlagen	**6.212.924,93**	**11.000,00**	**0,00**	**0,00**	**6.223.924,93**	**5.599.883,13**	**0,00**	**0,00**	**5.599.883,13**	**624.041,80**	**613.041,80**
Anlagevermögen Gesamt	**1.402.257.532,19**	**39.399.617,40**	**0,00**	**11.914.078,59**	**1.429.743.071,00**	**675.221.430,45**	**50.265.873,02**	**11.410.525,25**	**714.076.778,22**	**715.666.292,78**	**727.036.101,74**

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn-und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und des Lageberichtes des Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf Körperschaft des öffentlichen Rechts, Hamburg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2010 geprüft. Durch § 29 HmbKHG und § 19 UKEG wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher insbesondere auf die Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, die wirtschaftlichen Verhältnisse und die zweckentsprechende, sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Fördermittel. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden landesrechtlichen Regelungen liegen in der Verantwortung des Vorstandes. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung sowie über den Lagebericht und über den erweiterten Prüfungsgegenstand nach § 29 HmbKHG und § 19 UKEG abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB, § 29 HmbKHG und § 19 UKEG und unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die Anforderungen, die sich aus der Erweiterung des Prüfungsgegenstandes nach § 29 HmbKHG und § 19 UKEG ergeben, erfüllt wurden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Körperschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften, den Vorschriften der KHBV und den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Körperschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit des Rechnungswesens, der wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der zweckentsprechenden, sparsamen und wirtschaftlichen Verwendung der Fördermittel nach § 29 Abs. 2 Ziff. 3 HmbKHG und § 19 Abs. 3 UKEG hat keine Einwendungen ergeben.

Hamburg, den 14. März 2011

PricewaterhouseCoppers
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

840

Sonstige Mitteilungen

Auftragsbekanntmachung

ABSCHNITT I: ÖFFENTLICHER AUFTRAGGEBER

I.1) **Name, Adressen und Kontaktstelle(n)**

Offizielle Bezeichnung:

Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt der Freien und Hansestadt Hamburg vertreten durch die SpriAG – Sprinkenhof AG

Postanschrift:
Steinstraße 7, 20095 Hamburg,
Deutschland

Weitere Auskünfte erteilen:

andere Stellen: siehe Anhang A.I

Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem) sind erhältlich bei:

anderen Stellen: siehe Anhang A.II

Angebote/Teilnahmeanträge sind zu richten an:

andere Stellen: siehe Anhang A.III

I.2) **Art des öffentlichen Auftraggebers und Haupttätigkeit(en)**

Regional- oder Lokalbehörde

Umwelt

Der öffentliche Auftraggeber beschafft im Auftrag anderer öffentlicher Auftraggeber: Nein

ABSCHNITT II: AUFTRAGSGEGENSTAND

II.1) **Beschreibung**

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags durch den öffentlichen Auftraggeber:

Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) in Hamburg-Wilhelmsburg, hier Küchentechnik (Kücheneinrichtung, Kleinkälte und Kühlzellen, Lüftungshauben mit Flachdecken).

II.1.2) Art des Auftrags sowie Ort der Ausführung, Lieferung bzw. Dienstleistung:

a) Bauleistung

Ausführung

Hauptausführungsort: Hamburg-Wilhelmsburg

NUTS-Code: DE 600

II.1.3) Gegenstand der Bekanntmachung:

Öffentlicher Auftrag

II.1.4) Angaben zur Rahmenvereinbarung: –

II.1.5) Kurze Beschreibung des Auftrags oder Beschaffungsvorhabens:

Ausschreibung der Küchentechnik (Kücheneinrichtung, Kleinkälte und Kühlzellen, Lüftungshauben mit Flachdecken) für den Neubau der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU). Das Verwaltungsgebäude ist für ca. 1370 Arbeitsplätze konzipiert und hat eine BGF von insgesamt ca. 60 800 m². Vertragspartner auf Seiten des AG ist die Freie und Hansestadt Hamburg, Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) vertreten durch die SpriAG – Sprinkenhof AG, Steinstraße 7, 20095 Hamburg.

II.1.6) Gemeinsames Vokabular für öffentliche Aufträge (CPV):

Hauptgegenstand:	45331200
Ergänzende Gegenstände:	39221000
	39221100
	39715300
	39717000
	39222000
	39312200
	39714000
	39721411
	42500000

II.1.7) Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen (GPA): Ja

II.1.8) Aufteilung in Lose: Nein

II.1.9) Varianten/Alternativangebote sind zulässig: Nein

II.2) **Menge oder Umfang des Auftrags**

II.2.1) Gesamtmenge bzw. -umfang:

Leistungen der Küchentechnik u.a. mit Lieferung, Montage von A) Hauptmengen: A.1) Einrichtung: Arbeitstische, teilweise mit Becken im EG und 1. OG ca. 36.40 lfdm, Fahrbare Arbeitstische ca. 4 Stck., Koch und Bratgeräte -Gas- ca. 11 Stck., Heissluftkombidämpfer -Gas- (HLCD) 2x20 GN ca. 40x1/1 GN, Kühltisch 3x2/1 bzw. 2x2/1 GN ca. 2 Stck., Hochkühlschränke GN 2/1 ca. 2 Stck., Getränkekühlschränke 500 ltr. ca. 2 Stck., Umkleidespinde ca. 15 Stck., Regaleinrichtung Lager ca. 21 lfdm, A.2) Free-Flow Ausgabe m. Linien u. Inseln sowie Cafeteriatheke: Warmausgaben 5x1/1 GN ca. 3 Stck., Aktionsausgabe mit Kühlvitrine ca. 1 Stck., Tablettstation ca. 1 Stck., Pasta-Suppen-Insel ca. 1 Stck., Getränke-Insel ca. 1 Stck., Dessert- u. Salat-Insel ca. 1 Stck., Doppelkassenstand ca. 1 Stck., Cafeteriaausgabe m. Kühlvitrine ca. 1 Stck., A.3) Maschinen: Universalküchenmaschine ca. 1 Stck., Planeten-Rühr- und Schlagmaschine ca. 1 Stck., Vaccumiergerät fahrbar ca. 1 Stck., Eiswürfelbereiter ca. 2 Stck., Shopeinrichtung m. Kühlregalen 1 psch., Mengenbrüher für 2x10 ltr. ca. 1 Stck., Siebträgerkaffeemaschine 4-gruppig ca. 1 Stck., Servier- und Transportwagen ca. 4 Stck., Teller-, Geschirr- und Tablettspenderwagen ca. 22 Stck., A.4) Spültechnik: Vorweichenbecken ca. 1 Stck., Behälterspülmaschine ca. 1 Stck., Bandspülmaschine mit Wärmepumpe 1 Stck., Tablettförderband mit Brandschutztor ca. 22 lfdm, UT-Gläser- und Tassenspülmaschine 2 Stck., Handwaschausgußkombination ca. 3 Stck., Handwaschbecken eingebaut ca. 2 Stck., Nassmüllkühlbox 3x240 ltr. Tonnen ca. 1 Stck., Wasseraufbereitung für 4 Sorten Wasser 1 psch., A.5) Kühlung: Kühl- und Tiefkühlzellenkombination m. konv. Bodenaufbau ca. 38 m², Kleinkälte (NK-Verbund) - 2 Kreis - R134a/Sohle, TK-Einzelaggregat R 744 ca. 1 Stck., Schaltschrank und halogenfreie Verkabelung 1 psch., Wärmetauscher und Pufferspeicher 1 psch., Postmixleitung ca. 20 m², Möbelanschlüsse Kleinkälte ca. 12 Stck.,

Regaleinrichtung ca. 21 lfdm, A.6) Hauben und Decken: Zu- und Ablufthaube groß mit untemp. Zuluft ca. 1 Stck., Ablufthauben für HLCD, Topfspüle, Aktion, Spülküche (BSM) ca. 5 Stck., Düsenplatte 2-röhrig im Frontcooking ca. 1 Stck., Festinst.-Fettbrandfeuerlöschanlagen ca. 2 Stck., Küchenflachdecke weiss mit Zu- und Abluftauslässen ca. 150 m², Spülküchenflachdecke weiss mit Zu- und Abluftauslässen ca. 45 m², Ausgabenflachdecke weiss m. Zu- undAbluftauslässen sowie Schlitzauslässen ca. 40 m²; Erstellung und Lieferung der Werk- und Montageplanung.

II.2.2) Optionen: Nein

II.3) **Vertragslaufzeit bzw. Beginn und Ende der Auftragsausführung:**

Beginn: 13. August 2012, Ende: 21. Februar 2013

ABSCHNITT III: RECHTLICHE, WIRTSCHAFTLICHE, FINANZIELLE UND TECHNISCHE INFORMATIONEN

III.1) **Bedingungen für den Auftrag**

III.1.1) Geforderte Kautionen und Sicherheiten:

Siehe Verdingungsunterlagen

III.1.2) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen bzw. Verweis auf die maßgeblichen Vorschriften:

Siehe Verdingungsunterlagen

III.1.3) Rechtsform der Bietergemeinschaft, an die der Auftrag vergeben wird:

Siehe Verdingungsunterlagen

III.1.4) Sonstige besondere Bedingungen an die Auftragsausführung: Ja

Produkt- und Sicherheitsdatenblätter sowie Environmental Product Declarations (EPD) (nach ISO 14025/TR) für angebotene Produkte für die GOLD-Zertifizierung des Objektes nach dem DGNB-Zertifizierungssystem „Neubau-Büro- und Verwaltungsgebäude v. 2009“ DGNB.

III.2) **Teilnahmebedingungen**

III.2.1) Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Verdingungsunterlagen

III.2.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Verdingungsunterlagen

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Siehe Verdingungsunterlagen

III.2.3) Technische Leistungsfähigkeit

Angaben und Formalitäten, die erforderlich sind, um die Einhaltung der Auflagen zu überprüfen:

Siehe Verdingungsunterlagen

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Siehe Verdingungsunterlagen

III.2.4) Vorbehaltene Aufträge: Nein

III.3) **Besondere Bedingungen für Dienstleistungsaufträge**

III.3.1) Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: –

III.3.2) Juristische Personen müssen die Namen und die berufliche Qualifikation der Personen angeben, die für die Ausführung der Dienstleistung verantwortlich sein sollen: –

ABSCHNITT IV: VERFAHREN

IV.1) **Verfahrensart**

IV.1.1) Verfahrensart: Offenes Verfahren

IV.1.2) Beschränkung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden: –

IV.1.3) Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs: Nein

IV.2) **Zuschlagskriterien**

IV.2.1) Zuschlagskriterien: Niedrigster Preis

IV.2.2) Es wird eine elektronische Auktion durchgeführt: Nein

IV.3) **Verwaltungsinformationen**

IV.3.1) Aktenzeichen beim öffentlichen Auftraggeber: –

IV.3.2) Frühere Bekanntmachungen desselben Auftrags:

Nein

IV.3.3) Bedingungen für Erhalt von Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen bzw. der Beschreibung

Schlusstermin für die Anforderung von oder Einsicht in Unterlagen:

17. Oktober 2011

Die Unterlagen sind kostenpflichtig: Ja

Preis: 75,– Euro

Zahlungsbedingungen und -weise:

Per Überweisung; der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort: Neubau BSU,
Vergabe 4-05 – Küchentechnik,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.

IV.3.4) Schlusstermin für den Eingang der Angebote bzw. Teilnahmeanträge:

24. Oktober 2011, 10.30 Uhr

IV.3.5) Tag der Absendung der Aufforderung zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber: –

IV.3.6) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge verfasst werden können: Deutsch

IV.3.7) Bindefrist des Angebots:

Bis 16. Dezember 2011

IV.3.8) Bedingungen für die Öffnung der Angebote

24. Oktober 2011, 10.30 Uhr

Ort: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg

Personen, die bei der Öffnung der Angebote anwesend sein dürfen: Ja, Bieter und ihre personengebundenen Bevollmächtigten.

ABSCHNITT VI: ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

VI.1) **Dauerauftrag**: Nein

VI.2) **Auftrag in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Gemeinschaftsmitteln finanziert wird:** Nein

VI.3) **Sonstige Informationen**:

Der Versand der Verdingungs-, Ausschreibungs- und ergänzenden Unterlagen erfolgt in digitaler Form auf CD gegen eine Gebühr von 75,– Euro. Der Versand erfolgt erst, wenn die Überweisung verbucht ist. Die Kosten werden nicht erstattet.

Empfänger:
SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort: Neubau BSU,
Vergabe 4-05 – Küchentechnik,
Konto-Nr. 143 941 000, BLZ 210 500 00,
HSH Nordbank.

VI.4) **Nachprüfungsverfahren/ Rechtsbehelfsverfahren**

VI.4.1) Zuständige Stelle für Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung:

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung undUmwelt

Postanschrift:

Düsternstraße 10, 20354 Hamburg, Deutschland

Telefon: +49 (0)40 / 4 28 40 - 30 93
Telefax: +49 (0)40 / 4 28 40 - 24 96

VI.4.2) Einlegung von Rechtsbehelfen:

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Es gelten die Fristen des § 101 a GWB und § 107 Abs. 3 GWB. Nach § 107 Abs. 3 Nr. 1 GWB hat der Bietereinen erkannten Verstoß gegen Vergabevorschriften unverzüglich zu rügen, dies bedeutet für die Auftraggeberin spätestens nach 5 Kalendertagen. Der Bieter wird darauf hingewiesen, dass ein Antrag auf Nachprüfung nach § 107 Abs. 3 Nr. 4 GWB unzulässig ist, soweit mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des öffentlichen Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.4.3) Stelle, bei der Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erhältlich sind: –

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**

5. September 2011

ANHANG A

SONSTIGE ADRESSEN UND KONTAKTSTELLEN

I) Adressen und Kontaktstellen, bei denen nähere Auskünfte erhältlich sind

Offizielle Bezeichnung:

SpriAG – Sprinkenhof AG

Postanschrift:

Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland

Kontakstelle(n):

SpriAG – Sprinkenhof AG

Zu Händen Herrn Jörn Behrens

Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0
Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279

II) **Adressen und Kontaktstellen, bei denen Verdingungs-/Ausschreibungs- und ergänzende Unterlagen erhältlich sind (einschließlich Unterlagen für den wettbewerblichen Dialog und ein dynamisches Beschaffungssystem)**

Offizielle Bezeichnung:

SpriAG – Sprinkenhof AG

Postanschrift:

Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland

Kontakstelle(n):

SpriAG – Sprinkenhof AG

Zu Händen Herrn Jörn Behrens

Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0
Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279

III) **Adressen und Kontaktstellen, an die Angebote/ Teilnahmeanträge zu senden sind**

Offizielle Bezeichnung:

SpriAG – Sprinkenhof AG

Postanschrift:

Steinstraße 7, 20095 Hamburg, Deutschland

Kontakstelle(n):

SpriAG – Sprinkenhof AG

Zu Händen Herrn Jörn Behrens

Telefon: +49 (0)40 / 3 39 54 - 0
Telefax: +49 (0)40 / 3 39 54 - 279

Hamburg, den 12. September 2011

SpriAG – Sprinkenhof AG 841

Bekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung

a) SpriAG – Sprinkenhof AG – Geschäftsbereich ISZ,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg,
Telefon: 040 / 3 39 54 - 263,
Telefax: 040 / 3 39 54 - 2 79,
E-Mail: jens.plehn@sprinkenhof.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Aussenanlage/Pflasterarbeiten, Ausschreibung innerhalb des 20 % Kontingents (§ 2 Nr. 6 VgV) des BV: Rathausforum Harburg

e) Hamburg-Harburg

f) Vergabenummer: **ÖD 7**

Kompette Aussenanlage für ein Bürogebäude mit ca. 8100 m² BGF.

ca. 1400 m² Grosspflaster aus gebrauchten Granit-Reihensteine einschließlich alle erforderlichen Arbeiten verlegen;

ca. 200 m Entwässerungsrinnen liefern und einbauen;

ca. 400 m² Rasenfläche erstellen;

ca. 600 m² Pflanzflächen erstellen.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: Ende Januar 2012, Ende: Ende Mai 2012

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

Vom 15. September 2011 bis 6. Oktober 2011 von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 30,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort: Aussenanlage/Pflasterarbeiten,
Kontonummer: 143 941 000, BLZ: 210 500 00,
Geldinstitut: HSH Nordbank

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 11. Oktober 2011, 10.30 Uhr, Steinstraße 7, 20095 Hamburg, IV. Obergeschoss, eingereicht werden.

o) Anschrift: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 11. Oktober 2011 um 10.30 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A, Buchstaben a), b), c), d), e,), f), h), i), zu machen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. November 2011.

w) Beschwerdestelle:
SpriAG – Sprinkenhof AG, Rechtsstelle,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg,
Telefon: 040 / 3 39 54 - 0

Hamburg, den 14. September 2011

SpriAG – Sprinkenhof AG 842

Bekanntmachung

Öffentliche Ausschreibung

a) SpriAG – Sprinkenhof AG – Geschäftsbereich ISZ,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg,
Telefon: 040 / 3 39 54 - 263,
Telefax: 040 / 3 39 54 - 2 79,
E-Mail: jens.plehn@sprinkenhof.de

b) Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A)

c) Entfällt

d) Innenausbau/Tischlerarbeiten, Ausschreibung innerhalb des 20 % Kontingents (§ 2 Nr. 6 VgV) des BV: Rathausforum Harburg (BGF= 8100 m²)

e) Hamburg-Harburg

f) Vergabenummer: **ÖD 8**

Kompette Aussenanlage für ein Bürogebäude mit ca. 8100 m² BGF.

ca. 550 m² werkseitige beschichte Wandbekleidungen tl. akustisch wirksam;

2 Stück Schiebewände BxH= 5.00 bzw. 2.50 m x 2.95 m;

5 Stück Innentüren, Ausführung wie Wandbekleidungen,

32 Stück beschichtete Ablageplatten für Einbauwaschtische, ca. 1000-1700/550/30 mm;

9 Stück Sanitärtrennwandelemente für WC-Anlagen.

g) Entfällt

h) Entfällt

i) Beginn: WBZ Januar 2012, SDZ Mai 2012
Ende: WBZ Mitte Februar 2012, SDZ Mitte Mai 2012

j) Nebenangebote sind nicht zugelassen

k) Anforderung der Vergabeunterlagen sowie Verkauf und Einsichtnahme:

Vom 15. September 2011 bis 6. Oktober 2011 von 10.00 Uhr bis 12.00 Uhr und 14.00 Uhr bis 16.00 Uhr.

Anschrift siehe Buchstabe a).

l) Höhe des Kostenbeitrages: 30,– Euro

Erstattung: Nein

Zahlungsweise: Banküberweisung

Schecks und Briefmarken werden nicht angenommen.

Empfänger: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Kennwort: Rathausforum – Innenausbau/ Tischlerarbeiten
Kontonummer: 143 941 000, BLZ: 210 500 00,
Geldinstitut: HSH Nordbank

Die Vergabeunterlagen werden nur versandt, wenn der Nachweis über die Einzahlung vorliegt. Bei Bank- und Postüberweisungen bitte gleichzeitig Anforderungsschreiben an die Anschrift Buchstabe k) schicken.

m) Entfällt

n) Die Angebote können bis zum 11. Oktober 2011, 11.00 Uhr, Steinstraße 7, 20095 Hamburg, IV. Obergeschoss, eingereicht werden.

o) Anschrift: SpriAG – Sprinkenhof AG,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg

p) Sie sind in deutscher Sprache abzufassen.

q) Die Eröffnung der Angebote findet statt am 11. Oktober 2011 um 11.00 Uhr, Anschrift siehe Buchstabe o).

Bieter und ihre Bevollmächtigten.

r) siehe Vergabeunterlagen

s) Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen

t) Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Der Bieter hat zum Nachweis seiner Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit auf Verlangen Angaben gemäß § 6 Absatz 3 VOB/A, Buchstaben a), b), c), d), e,), f), h), i), zu machen.

v) Die Zuschlagsfrist endet am 30. November 2011.

w) Beschwerdestelle:
SpriAG – Sprinkenhof AG, Rechtsstelle,
Steinstraße 7, 20095 Hamburg,
Telefon: 040 / 3 39 54 - 0

Hamburg, den 14. September 2011

SpriAG – Sprinkenhof AG 843

Bekanntmachung
einer Öffentlichen Ausschreibung (§ 12 VOL/A)

DESY Ausschreibungsnummer: C2014-11-XFEL

a) Auftraggeber:

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus-und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09

b) Vergabeverfahren:
Öffentliche Ausschreibung (§ 3 Abs. 1 VOL/A)

c) Form in der Angebote einzureichen sind:

Angebote müssen schriftlich in 2-facher Ausfertigung in einem verschlossen Umschlag mit folgender Kennzeichnung:

„Öffentliche Ausschreibung DESY C2014-11, Angebotstermin 12. Oktober 2011“

per Briefpost oder Boten bis spätestens zu dem unter Buchstabe i) genannten Termin beim

Deutsches-Elektronen-Synchrotron DESY
Haus-und Lieferanschrift:
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Briefpost: 22603 Hamburg

eingehen.

Elektronisch übermittelte Angebote können nicht angenommen und gewertet werden. Für Form und Inhalt der Angebote gilt § 13 VOL/A.

d) Art und Umfang der Leistung:

Fertigung und Lieferung von 2 Stück Mu-Metall Abschirmung gemäß technischer Spezifikation und DESY-Zeichnung XATC-WarmMagneticShield

Leistungsort: Notkestraße 85, 22603 Hamburg

e) Gegebenenfalls die Anzahl, Größe und Art der einzelnen Lose: Entfällt

f) Gegebenenfalls die Zulassung von Nebenangeboten: Entfällt

g) Etwaige Bestimmungen über die Ausführungsfrist: Schnellst möglich

h) Bezeichnung und Anschrift der Stelle, die die Vergabeunterlagen abgibt oder bei der sie eingesehen werden können:

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY
Abteilung V4 – Warenwirtschaft
Frau Dietsch/Frau Grantz
Notkestraße 85, 22607 Hamburg

Telefon: 040 / 89 98 - 24 80, Telefax: 040 / 89 98 - 40 09
E-Mail: warenwirtschaft.v4sk@desy.de

i) Die Vergabeunterlagen können bis zum **28. September 2011** angefordert werden.

Ablauf der Angebotsfrist: **12. Oktober 2011**

Ablauf der Bindefrist: **18. November 2011**

j) Geforderte Sicherheiten:

Beträgt die Gesamtssumme des Auftrages 50.000,– Euro + MwSt. und mehr, wird eine Sicherheit in Höhe von 5 % der Gesamtsumme für die Dauer der Verjährungsfrist für Mängelansprüche einbehalten. Eine Ablösung durch Bürgschaft ist möglich.

k) Wesentliche Zahlungsbedingungen oder Angabe der Unterlagen, in denen sie enthalten sind:

Die Zahlungsbedingungen sind den Vergabeunterlagen zu entnehmen.

l) Beurteilung der Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) des Bieters:

Mit dem Angebot sind folgende Nachweise und Erklärungen einzureichen:

- Auszug aus dem Berufs- oder dem Handelsregister des Sitzes oder Wohnsitzes des Unternehmens.
- Eigenerklärung, dass kein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzliches Verfahren eröffnet oder die Eröffnung beantragt worden ist oder ein Antrag mangels Masse abgelehnt wurde.
- Eigenerklärung, dass das Unternehmen sich nicht in Liquidation befindet.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Verpflichtungen zur Zahlung von Steuern und Abgaben ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass der Bieter seine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung ordnungsgemäß erfüllt hat.
- Eigenerklärung, dass keine schwere Verfehlung begangen worden ist, die die Zuverlässigkeit des Bieters in Frage stellt.
- Eigenerklärung über den Gesamtumsatz des Unternehmens bezogen auf die letzten 3 Geschäftsjahre (Angabe pro Jahr).
- Verbindlicher Lieferplan.

Bei präqualifizierten Unternehmen genügt für die Eignungsnachweise die Angabe der Nummer, unter der sie in der Präqualifizierungsdatenbank für den Liefer- und Dienstleistungsbereich (PQ VOL) eingetragen sind.

m) Vervielfältigungskosten: entfällt

n) Zuschlagskriterien:

Zuschlagskriterien gemäß den Vergabeunterlagen.

Hamburg, den 14. September 2011

Deutsches Elektronen-Synchrotron DESY 844

Öffentliche Ausschreibung nach VOB

– Bekanntmachung –

a) Name, Anschrift, Telefon-, Telefaxnummer sowie E-Mail-Adresse des Auftraggebers (Vergabestelle):

Wasserverband Wilhelmsburger Osten
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Spaldingstraße 210, 20097 Hamburg

b) Gewähltes Vergabeverfahren:

Öffentliche Ausschreibung nach der Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen – Teil A (VOB/A).

c) Gegebenenfalls Auftragsvergabe auf elektronischem Wege und Verfahren der Ver- und Entschlüsselung:

Entfällt

d) Art des Auftrags:

Öffentlicher Auftrag
Ausführung von Bauleistung gemäß Punkt f)

e) Ort der Ausführung:

Hamburg – Wilhelmsburger Osten

f) Art und Umfang der Leistung:

Herstellung von Staubauwerken, Durchlässen, Dammstellen, Überfahrten sowie Naturschutzfachliche Aufwertung von städtischen Grünflächen und Wasserstandsregulierung in Gewässern als Ausgleichsmaßnahme im Bereich Hamburg, Wilhelmsburger Osten.

g) Angaben über den Zweck der baulichen Anlage oder des Auftrags, wenn auch Planungsleistungen gefordert werden:

Entfällt

h) Falls die bauliche Anlage oder der Auftrag in mehrere Lose aufgeteilt ist, Art und Umfang der einzelnen Lose und Möglichkeit, Angebote für eines, mehrere oder alle Lose einzureichen:

Keine Aufteilung in Lose.

i) Zeitpunkt, bis zu dem die Bauleistungen beendet werden sollen oder Dauer des Bauleistungsauftrags; sofern möglich, Zeitpunkt, zu dem die Bauleistungen begonnen werden sollen:

Fertigstellung bis 28. Februar 2012, sofern die Witterung es zulässt. Ansonsten Arbeitswiederaufnahme am 1. Oktober 2012.

j) Gegebenenfalls Angaben nach § 8 Absatz 2 Nummer 3 zur Zulässigkeit von Nebenangeboten:

Nebenangebote sind nicht zugelassen.

k) Name und Anschrift, Telefon- und Faxnummer, E-Mail-Adresse der Stelle, bei der die Vergabeunterlagen und zusätzliche Unterlagen angefordert und eingesehen werden können:

vom 22. September 2011 bis 10. Oktober 2011, 9.00 Uhr bis 15.00 Uhr, im:

Architekturbüro JEDRKOWIAK
Celsiusweg 15, 22761 Hamburg
Tel.: 040 / 851 777-70, Fax: 040 / 851 777-99
holger@jedrkowiak.de

l) Gegebenenfalls Höhe und Bedingungen für die Zahlung des Betrags, der für die Unterlagen zu entrichten ist:

40,– Euro

Überweisung auf das Konto:
Empfänger: Jedrkowiak
Kontonummer: 1257 508 430
Bankleitzahl: 200 505 50
Geldinstitut: Hamburger Sparkasse
Verwendungszweck: „VWV05-2011“

Der Versand der Unterlagen erfolgt erst nach Vorlage des Einzahlungsbeleges bzw. nach Eingang der kompletten Summe auf das Konto. Die Kosten für die Unterlagen werden nicht erstatten.

m) Bei Teilnahmeantrag: Frist für den Eingang der Anträge auf Teilnahme, Anschrift, an die diese Anträge zu richten sind, Tag, an dem die Aufforderungen zur Angebotsabgabe spätestens abgesandt werden:

Entfällt

n) Frist für den Eingang der Angebote:

24. Oktober 2011, 12.00 Uhr

o) Anschrift, an die die Angebote zu richten sind, gegebenenfalls auch Anschrift, an die Angebote elektronisch zu übermitteln sind:

In einem undurchsichtigen, verschlossenen Umschlag mit dem Vermerk „Angebot WWO5-2011“ an:

Architekturbüro JEDRKOWIAK
Celsiusweg 15, 22761 Hamburg

Die Angebote sind in Papierform einzureichen. Elektronisch übersandte Angebote werden nicht angenommen. Es gilt nicht der Poststempel, sondern der Zugang in der Vergabestelle. Der rechtzeitige Zugang in der Vergabestelle bis 12.00 Uhr liegt im Verantwortungsbereich des Bieters.

p) Sprache, in der die Angebote abgefasst sein müssen:

Deutsch

q) Datum, Uhrzeit und Ort des Eröffnungstermins sowie Angabe, welche Personen bei der Eröffnung der Angebote anwesend sein dürfen:

24. Oktober 2011, 13.00 Uhr
Bieter und ihre Bevollmächtigten

r) Gegebenenfalls geforderte Sicherheiten:

Sicherheiten siehe Vergabeunterlagen.

s) Wesentliche Finanzierungs- und Zahlungsbedingungen und/oder Hinweise auf die maßgeblichen Vorschriften, in denen sie enthalten sind:

Zahlungsbedingungen siehe Vergabeunterlagen.

t) Gegebenenfalls Rechtsform, die die Bietergemeinschaft nach der Auftragsvergabe haben muss:

Gesamtschuldnerisch haftend mit bevollmächtigtem Vertreter.

u) Verlangte Nachweise für die Beurteilung der Eignung des Bewerbers oder Bieters:

Als Mindestanforderungen werden erwartet:

Persönliche Lage des Wirtschaftsteilnehmers sowie Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

– Nachweise, nicht älter als sechs Monate, dass Sozialversicherungsbeiträge aktuell entrichtet werden (Mindestanforderungen).

Lütcke & Wulff **C 1160** **PVSt, DPAG, Entgelt bezahlt**
Druckerei und Verlag
Rondenbarg 8
22525 Hamburg

- Nachweise, nicht älter als sechs Monate, dass Berufsgenossenschaftsbeiträge aktuell entrichtet werden (Mindestanforderungen).
- Nachweise, nicht älter als sechs Monate, dass aktuell Steuern und Abgaben entrichtet werden (Mindestanforderungen).
- Auszug aus dem Gewerbezentralregister, nicht älter als ein Jahr (Mindestanforderungen).
- Nachweise Haftpflichtpolicen nicht älter als ein Jahr für Personen- und Sachschäden, Deckungssumme 2,5 Millionen Euro für Vermögensschäden, Deckungssumme 50 000,– Euro jeweils pro Schaden oder Bescheinigung der Versicherung, dass für den Fall des Zuschlags in diesen Höhen versichert wird.
- Verzeichnis des Unterauftragnehmers einschließlich Auszug aus dem Gewerbezentralregister und ULV des Unterauftragnehmers (Mindestanforderungen).

Wirtschaftliche und finanzielle Leitungsfähigkeit:

- Qualifizierte Bankerklärung zur Bonität nicht älter als sechs Monate (Mindestanforderungen).
- Erklärung über dem Gesamtumsatz der Unternehmen sowie den Umsatz bezüglich der besonderen Leistungen, die Gegenstand der Vergabe sind, jeweils bezogen auf die letzten drei Geschäftsjahre (Eignungsbewertung nach Maßgabe einer Gewichtung von 50 %, wobei 10; 7,5; 4 und 0 Punkte je nach prozentualem Verhältnis der Umsätze zueinander erreicht werden können. Maximale Punktzahl 50 x 10 = 500 Punkte, Mindestanforderung 50 x 4 = 200 Punkte).

Technische Leistungsfähigkeit:

- Aufstellung der wesentlichen in den letzten drei Jahren erbrachten Leistungen bezüglich der besonderen Leistungen, die Gegenstand der Vergabe sind, mit Angabe der Rechnungswerte, der Leistungszeiten sowie öffentlichen oder privaten Auftraggeber (Eignungsbewertung nach Maßgabe einer Gewichtung von 50 %, wobei 10; 7,5; 4 und 0 Punkte je nach Anzahl der mit der Vergabe vergleichbaren Leistungen erreicht werden können Maximale Punktzahl 50 x 10 = 500 Punkte, Mindestanforderung 50 x 4 = 200 Punkte).
- Fachliche Qualifikation der im Auftragsfall hauptverantwortlichen Mitarbeiter.

v) **Zuschlagsfrist:** 21. November 2011

w) **Name und Anschrift der Stelle, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen Vergabebestimmungen wenden kann:**

Vergabekammer bei der
Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt,
Düsternstraße 10, 20355 Hamburg

Hamburg, den 13. September 2011

Architekturbüro JEDRKOWIAK 845

Herausgegeben von der Behörde für Justiz und Gleichstellung der Freien und Hansestadt Hamburg.
Druck, Verlag und Ausgabestelle Lütcke & Wulff, Rondenbarg 8, 22525 Hamburg – Telefon: 23 51 29-0 – Telefax: 23 51 29 77.
Bestellungen nimmt der Verlag entgegen. Bezugspreis für Teil I und II zusammen jährlich 75,– EUR. Einzelstücke je angefangene vier Seiten 0,26 EUR (Preise einschließlich 7 % Mehrwertsteuer).